

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Heimgebiet, Österreich, Litauen, Ungarn, 4,30 Goldmark, für das übrige Ausland 4,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmahl.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2307

Freitag, den 28. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Teckhofstraße Lindenstraße 3

Poincaré ist wieder da! Grundlegende Personalveränderungen?

Paris, 27. März, abends 9 1/2 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré, der am Donnerstagmorgen um halb fünf Stunden mit den Ministern Le Trocquer und Maginot, seinen beiden wichtigsten Mitarbeitern (auch die reaktionärsten. Red. d. V.) in dem zurückgetretenen Kabinett, konferierte, hat gegen 6 Uhr den Quai d'Orsay verlassen, um sich zur Verzichtserklärung ins Elisee zu begeben. Den dort versammelten Journalisten erklärte er, daß die Lösung der Krise voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Die Unterredung mit Millerand hat eine halbe Stunde gedauert. Ein darüber ausgegebenes Kommuniqué teilt lediglich mit, daß Poincaré den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts angenommen habe. In den politischen Kreisen werden in den Abendstunden zahlreiche Namen als Kandidaten für die einzelnen Ministerien genannt, doch ist bisher über die Zusammenfassung des neuen Kabinetts, dem, wie neuerdings behauptet wird, nur sehr wenige Mitglieder des zurückgetretenen Ministeriums angehören sollen, noch nichts Positives bekannt geworden.

Paris, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Während die Pariser Boulevard-Presse mit den politischen Parteien der Mitte und der

Rechten wetteifert, Poincaré zu versichern, daß er das Vertrauen des Volkes in seiner Gesamtheit besitze und gerade jetzt am Vorabend wichtiger internationaler Entscheidungen das Land von ihm erwarte, daß er seinen Posten nicht verlasse, macht die Presse der Linken kein Hehl daraus, daß sie Poincaré ohne Bedauern scheiden sehen würde. Selbst die Blätter der bürgerlichen Demokratie stehen nicht an, zu erklären, daß der Rücktritt Poincarés die Lösung sowohl der Reparations- wie auch der Sicherheitsfrage wesentlich erleichtern würde. Im „Populaire“ gibt Léon Blum der Vermutung Ausdruck, daß Poincaré vielleicht im Grund ganz fern die ihm am Mittwoch gegebene Gelegenheit benutzte, sich mit Anstand zurückzuziehen, um seinem Nachfolger die schwierigen außenpolitischen Entscheidungen der nächsten Wochen zu übertragen. Der radikale „Quotidien“ bezeichnet die Ereignisse des Mittwochs als eine unmögliche Komödie. Das Parlament, das durch Ablehnung der Vertrauensfrage des Ministeriums zu Fall gebracht habe, um hinterher dessen Präsidenten zu beschuldern, sein Votum nicht ernst zu nehmen, habe sich um den letzten Rest von Ansehen gebracht. Der Nationale Block werde seinen Ministerpräsidenten behalten, aber es sei nur eine Frist von zwei Monaten, die Herr Poincaré erhalte.

England und die Micum-Methode. Eine Rede Macdonalds.

London, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus fragte Asquith die Regierung, wann die mit dem französischen Gelbbuch korrespondierenden Schriftstücke veröffentlicht werden und welche Fortschritte hinsichtlich der Fortsetzung der Berichte der zwei Sachverständigenkommissionen für die deutschen Reparationen zu verzeichnen wären. Er wollte die Aufmerksamkeit auf einen Artikel der „Times“, der darauf hinweist, daß während die Sachverständigenkommission nach einem erträglichen Reparationsplan suchen, die französische Delegation im Rhein- und Ruhrgebiet energisch forciert werde, um das besetzte Gebiet endgültig in eine Reparationsprovinz zu verwandeln. Der Artikel weist ferner darauf hin, daß die Finanzierung der Lieferungen auf Grund der Micum-Verträge den Ruin der Industrien der besetzten Gebiete herbeiführen und diese Gebiete unfähig machen, mit ihrer für das Reich unentbehrlichen Wirtschaftskraft die Stabilität der Mark zu sichern zu helfen. Asquith fragte Macdonald, welche Maßnahmen er ergreifen habe, um die britischen Interessen gegen die Gefährden der französischen Politik zu schützen. Schließlich wünschte Asquith zu wissen, was der englische Delegierte Lord Parmoor in der letzten Sitzung des Völkerbundes in der Frage der Saarverwaltung getan habe.

Macdonald

erwiderte, die dem französischen Gelbbuch entsprechenden englischen Dokumente seien so weit fertiggestellt, daß sie nach wenigen Überprüfungen in die Hände der Parlamentarier gelangen könnten. Wenn die Sachverständigenausschüsse ihre Berichte herausgeben werden, wisse er nicht, wolle aber doch bei dieser Gelegenheit die Stellung der Ausschüsse noch einmal klar umreißen, da sich in der öffentlichen Meinung hinsichtlich der verschiedenen Mißverständnisse herausgebildet hätten. Die Sachverständigen seien nicht Vertreter der englischen Regierung, sondern Beauftragte der Reparationskommission. Die englische Regierung habe sich deshalb auch niemals in die Arbeit der Sachverständigen eingemischt oder auch nur den Versuch dazu unternommen. Die Sachverständigen hätten der Reparationskommission Bericht zu erstatten, und diese werde dann alle beteiligten Regierungen informieren. Die englische Regierung werde diesen Bericht eingehend prüfen und werde erst dann in der Lage sein, sich mit den anderen beteiligten Regierungen über eine gemeinsame Politik auszusprechen. Mit Bezug auf die zwischen den französischen Behörden und den deutschen Industrieunternehmen getroffenen Abkommen erklärte Macdonald, bis jetzt sei die Regierung noch nicht zu der Auffassung gekommen, daß diese Abkommen ihrem Inhalt wie ihrer Wirkung nach dem Friedensverträge von Versailles und den verschiedenen Reparationsverträgen widersprechen. Mit Bezug auf eine Behauptung Asquiths, die im Friedensverträge vorgeschriebenen Kommissionen und Komitees befähigen vorwiegend militärischen Charakter, erwiderte Macdonald,

diese Kommissionen hätten Versuche unternommen, sich Rechte und Kompetenzen anzumahnen.

die ihnen nicht zuständen. Die Politik der englischen Regierung strebe danach, daß im Interesse einer baldigen endgültigen Befriedigung alle diese Kommissionen gezwungen werden müßten, sich streng an die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu halten. Macdonald wußte sich dann der Sicherheitsfrage zu und erklärte, es habe keinen Sinn, wenn jetzt Franzosen und Engländer die Frage der Sicherheit diskutierten, bevor nicht die heute auf Europa lastenden Riesenprobleme gelöst seien, deren Ungeheuerheit doch die Sicherheit am meisten gefährde. Erst wenn alle diese Schwierigkeiten beseitigt wären, sei die Zeit gekommen, das ganze politische Gewicht des Staates dafür einzusetzen, daß der Völkerbund ein vollzähliger Bund der Völker werde. Er sei daher überzeugt, daß Frankreich niemals volle Sicherheit erlangen werde, wenn es sich auf eine Reihe von Sonderverträgen zu stützen gedanke. Deutschland müsse früher oder später in die Reihe jener Staaten wieder eintreten, die man die „verhandlungsfähigen Staaten Europas“ nennen könne.

Zum Schluß ging Macdonald auf die Saarfrage ein, insbesondere auf die Frage, warum das französische Militär noch nicht aus dem Saargebiet zurückgezogen worden sei. Er stellte fest, es

sei auf Grund der gegenwärtigen Finanzlage des Saargebietes unmöglich gewesen, mehr als 200 Gendarme in das Gebiet zu bringen.

Nach dem B.S.B.-Bericht sagte Macdonald auch: Die Regierung wäre auf gewisse Verluste gefaßt, die daraus hinzuzurechnen wären, daß diese Micumverträge den Anlaß zu einer Reorganisation der Reparationen und einer erneuten Aufstellung des Reparationsproblems bilden könnten. Wenn dies der Fall wäre, so würde die englische Regierung gegen die Ausführung solcher Abmachungen unverzüglich Protest erheben. Die deutsche Regierung habe z. B. gewisse Steuererlasse erlassen, die sich normalerweise auch auf das Rheingebiet erstreckten. Diese Gesetze seien der Rheinlandkommission

vorgelegt worden. Die Kommission habe lediglich darüber zu entscheiden, ob diese Gesetze in irgendeiner Weise die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdeten. Obwohl ein Einwand in dieser Hinsicht nicht erhoben werden konnte, wurde doch das Ansehen gestiftet, daß man die Anwendung dieser Gesetze auf das Rheingebiet verhindern und sie nach Gesichtspunkten prüfen müsse, welche die Rheinlandkommission in Erwägung zu ziehen keinen Anlaß habe. Wir haben gegenüber derartigen Anregungen über unsere Stellungnahme keinen Zweifel gelassen. Macdonald sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die in Frage stehenden Steuererlasse von der Rheinlandkommission auf normalem Wege registriert werden möchten und daß man über die ganze Angelegenheit nichts mehr zu hören bekomme. In Beantwortung eines Zwischenrufs betreffend die Pfalz erwiderte Macdonald, daß dieser Fall den Punkt darstelle, wo die Schwierigkeiten sehr groß seien. Wir haben uns, wie er fort-

einer separatistischen Bewegung gegenüber, die nicht nur von innen unterstüzt wurde — mehr möchte ich darüber nicht sagen, — und hatten einer Regelung dieser Angelegenheit näherzutreten. Was die Gendarmen und die französischen Truppen im Saargebiet angeht, so erklärte Macdonald, es sei klar, daß die französischen Truppen zu dem frühest möglichen Termin aus dem Saargebiet zurückgezogen werden sollten, daß sie aber nicht eher zurückgezogen werden könnten, bevor nicht die Saargendarmen an ihre Stelle träte. Bisher habe es sich indes als unmöglich erwiesen, mehr als zweihundert Gendarme einzustellen. Infolgedessen sei in der Erlegung der französischen Militärkräfte durch eine örtliche Gendarmen keine praktische Fortschritt erzielt worden.

Die Micum-Verträge unerträglich. Ein Schritt der Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Amlich wird gemeldet: In der Reichskanzlei fand am Donnerstag nachmittag auf Wunsch der Arbeitnehmervertretungen eine Aussprache zwischen den örtlichen Verbänden und Spitzenorganisationen der Bergarbeiter und Angestellten des Ruhrkohlenbergbaus und der Reichsregierung statt über die durch die Micum-Verträge geschaffenen Verhältnisse im Bergbau.

Die Vertreter der Arbeitnehmer legten unter Anführung reichen statistischen Materials über Lebenshaltung und Lohnentwicklung den unerträglich gewordenen Lage der Bergarbeiterschaft dar. Gegenüber einer erheblich gewachsenen Leuerung und einer Verlängerung der Arbeitszeit lägen die Einkommen beträchtlich unter dem Friedensstand. Das Einkommen werde noch wesentlich herabgedrückt durch Feierschichten und Kurzarbeit; hinzu kämen die zahlreichen durch die Störung der westdeutschen Wirtschaftslebens bedingten Entlassungen, welche das Heer der arbeitslosen Bergarbeiter allein im besetzten Gebiet auf annähernd 150 000 gebracht haben. Zahlreiche Betriebe lägen still, während immer weitere drohten unter der Last der Micum-Verträge zusammenzubrechen. Durch diese Verhältnisse sei bei den besonders schwer und unter großen Gefahren arbeitenden Bergleuten eine äußerste Kollage entstanden. Durch die Unterernährung seien die Krankheitsziffern in erschreckendem Maße gestiegen; insbesondere die unzureichende Versorgung der Kinder stelle eine schwere Gefahr dar.

Der Tag der Herren. Die Unternehmer bei Kroll.

Die große Heerschau der Industriellen in der Krolloper weckt mancherlei Erinnerungen. Es war einige Jahre vor dem Kriege, als die sozialdemokratische Presse aus einer Sitzung des Zentralverbandes der deutschen Industrie Mitteilungen machte, die großes Aufsehen und stärkste Entrüstung hervorriefen. Da wurde in allen Tonarten gegen die schlappe Regierung und gegen die bürgerlichen Parteien gemotzt, die den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter viel zu viel Zugeständnisse machten. Den Vogel schloß der Syndikus Rode aus Hannover ab, der sich aufs schärfste gegen die nationalliberale Partei wandte und sich zu der Bemerkung verstieg, die Nationalliberalen würden schon von der Industrie gefügig gemacht werden, denn sie würden ja von ihr bezahlt.

Die linksstehende Presse erhob Protest gegen diese unverschämte Proklamierung des Herrenstandpunktes. Rode wurde aus der nationalliberalen Partei, der er angehörte, ausgeschlossen. Die Scharfmacherpresse tobte tagelang über Vertrauensbruch und Diebstahl und schrie nach dem Staatsanwalt, bis der Vorstand des Zentralverbandes mit der Erklärung hervortrat, die Verhandlungen, über die die sozialdemokratische Presse berichtet habe, seien ja — öffentlich gewesen und das Protokoll sei überall im Buchhandel erhältlich. Bedauerlich sei nur, daß erst die sozialdemokratische Presse Lärm schlagen müsse, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Tagungen des Zentralverbandes zu lenken.

Die Zeiten sind vorbei. Der jetzige Reichsverband der Deutschen Industrie und die Arbeitgeberverbände haben etwas zugelehrt. Mit einer ungeheuren Regie unter Aufsicht der höchsten Regierungsstellen wurde die geistige Tagung ins Werk gesetzt und für eine ausgiebige Berichterstattung durch die Presse wurde gesorgt. Dementsprechend war auch die ganze Tonart der Verhandlungen abgestimmt, alles temperamentvolle Aufrichtigkeiten wurden vermieden. Man sprach nicht mehr davon, daß man der Regierung „den Herrenstandpunkt ins Auge drücken müsse“, mied die aufreizende Redensart von dem „Herrn im Hause“, höhnte nicht mehr über die „weiße Salbe“, die man den Arbeitern statt eines wirklichen geschäftlichen Schutzes aufschmierem müsse und sprach nicht mehr wie einst, prägnant und herausfordernd, von den „Industriegeldern“, von denen die bürgerlichen Parteien lebten.

Die Industrie hat ihre politische Flegeljahre überwunden und spricht heute die diplomatische Sprache einer gefestigten Macht. Als solche wird sie auch von der Regierung anerkannt. Wir erinnern uns daran, daß einst auf einer Tagung des Zentralverbandes der kaiserliche Staatssekretär Delbrück — der kaum weniger angefeindet war als Berlepsch oder Bosadomsky — gegen die übertriebenen Machtansprüche des Unternehmertums ironisch leise, aber doch verständliche Worte der Zurückweisung fand. Davon jetzt nichts mehr. Die Vertreter der Regierung wetteiferten darin, der ungeheuren Kapitalmacht, die in den vertretenen Verbänden vereinigt war, ihre Huldigung darzubringen.

Diese Ministerreden werden noch Stoff zu mancherlei Betrachtungen geben. Heute und hier nur einige Worte über die Bemerkungen des Herrn Reichskanzlers Marx zum Achtstundentag.

Herr Marx hat an die versammelten Industriellen die rhetorische Frage gerichtet:

Glaubt etwa auch nur einer von Ihnen, daß man draußen für uns in die Schranken treten würde, wenn wir durch Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages unsere Verpflichtungen nicht zu erfüllen vermöchten?

Der Ausspruch des Reichskanzlers gewinnt nur dann einen richtigen Sinn, wenn man den Ton auf das Wort „Ihnen“ legt. Von den Industriellen mag in der Tat kein einziger glauben, daß sich Deutschland durch die Berufung auf seine sozialpolitischen Pflichten eine Erleichterung seiner Reparationsleistungen verschaffen könne. Denn die Herren sind ja sonst und besonders auf den Grundlag eingeschworen, daß die Reparationslasten von den Arbeitern durch unbezahlte Ueberarbeit aufzubringen sind. Gerade dieser Grundlag ist aber direkt verträglich und die deutsche Regierung würde, wenn sie sich entschloße, ihn zu bekämpfen, im Wortlaut des Dokuments von Versailles die stärkste Stütze finden. Dieses Dokument fordert nicht nur die Bezahlung der Reparationen aus der Ueberarbeit, sondern es verbietet sie geradezu, indem es den Achtstundentag als erstrebenswertes Ziel aufstellt und internationale Abkommen zu seiner allgemeinen Einführung anknüpft. Ein solches Abkommen ist denn auch in Washington getroffen, aber bisher von Deutschland nicht ratifiziert worden.

Die Industriellen berufen sich stets auf einen anderen Grundlag des Vertrags, wonach das Privateigentum dem direkten Zugriff zu Reparaturzwecken nicht unterliegt. Aber ebenso wie das Privateigentum vor der Konfiskation, so ist auch die Arbeiterschaft vor Ueberlastung grundsätzlich geschützt. Das aber wollen die Industriellen nicht bemerken, und die Regierung will es, wie aus den Worten des Reichs-

langers hervorgeht, auch nicht. Die Regierung ist in dieser Beziehung eine gelehrige Schülerin der Industriellen.

Die große Antisozialistenrede des Tages zu halten, war dem Führer der Palastrevolutionäre der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Bögl, vorbehalten. Wenn es in früheren Zeiten hieß: „der König absolut, wenn er in seinen Willen tut“, so gilt daselbe heute für die Republik. Dem „Staat, wie er ist“, soll keine Opposition gemacht werden, wenn er sich von sozialistischen Tendenzen fernhält, wenn er den Kampf gegen den Klassenhaß aufnimmt und das Volk „vom sozialistischen Bahn freimacht“. Dazu ist zu bemerken, daß der Klassenhaß der Besitzlosen gegen die Besitzenden vielleicht in keinem Lande der Welt so wenig aggressive Formen angenommen hat wie gerade in Deutschland, obwohl es hier an Herausforderungen zu ihm am allerwenigsten fehlt. Das Luststreben in einer Zeit grausamster Hungersnot, die Verelendung der Sachwertbesitzer am Inflationsende, die Unternehmeroffensive gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, das alles sind doch Tatsachen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind und die auch in einem lammfrommen Volk Erbitterung schaffen mußten.

Was Herr Dr. Bögl den „sozialistischen Bahn“ nennt, ist nichts anderes als die natürliche Reaktion auf die kapitalistische Wirtschaft. Diese kapitalistische Wirtschaft erscheint Herrn Dr. Bögl und seiner begeisterten Zuhörerschaft als der Idealzustand, zu dessen Erhaltung und Schutz der Staat berufen ist. Es lebt bei diesen Herren kein Verständnis dafür, daß die Begeisterung für diesen Idealzustand nicht so groß sein kann bei denen, denen es unter ihm weniger gut geht als ihnen, und daß Millionen, die unter ihm zu den schwersten Entbehrungen gezwungen sind, ihn verlassen und sich aus ihm herausheben. Und dennoch — auch dies entgeht Herrn Dr. Bögl — hat dieser natürliche heftigste Drang bei der ungeheuren Mehrheit der sozialistischen Arbeiterklasse die realpolitische Einsicht in gegebenen Notwendigkeiten nie überwältigt. Auch ihr hat nie das Verständnis dafür gefehlt, daß die kapitalistische Industrie, solange die kapitalistische Organisationsform nicht überwunden ist, einer pflichtgemäßen Behandlung auch durch den Staat bedarf. Wenn sich z. B. die rein sozialistischen Regierungen Sachsens und Thüringens bemühten, der kapitalistischen Industrie ihrer Länder Abnahmefähigkeiten und Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen, so haben sie das sicher nicht den Unternehmern, sondern den Arbeitern zuliebe getan, aber sie haben doch die Einsicht bezeugt, daß man die Wirtschaft, weil und soweit sie noch kapitalistisch ist, nicht mit allen an ihr hängenden Arbeiterinteressen einfach zugrunde gehen lassen darf.

Was Herr Bögl den „sozialistischen Bahn“ nennt, ist dreierlei: Es ist das Streben, über der Kapitalismacht eine von dieser unabhängige demokratische Staatsmacht zu errichten, dem Arbeiter im Produktionsprozeß eine gleichberechtigte Stellung zu verschaffen und — organisch, nicht zerstörend — den Aufstieg zu höheren, menschlich freieren, die Wohlfahrt des einzelnen gewährleistenden Wirtschaftsformen vorzubereiten. Dieses dreifache Streben zu betämpfen, ist aber nicht das Amt des Staates. Der Staat ist das in verfassungsmäßigen Rechtsformen organisierte Volk, dieses aber hat kein Interesse daran, daß sein Staat, seine Republik eine Geldjaderepublik bleibt, und es wird sich, wenn es politisch reif ist, nicht von denen regieren lassen wollen, die durch ihre ungeheure Kapitalismacht die öffentliche Meinung beherrschen.

Die Heereschau in der Krolloper hat ein eindringlich fehrliches Bild gegeben. Da ist ein Gegner im Vollgefühl seiner Macht, ein Gegner, der nicht leicht zu überrennen ist, über den nur in schweren, mühevollen mit dem Ausgebot stärkster Geisteskräfte geführten Kämpfen der Sieg zu gewinnen ist. Ein Gegner, von dem man auch etwas lernen kann. Denn, mecht es, deutsche Arbeiter, die deutschen Kapitalisten sind einig! Wo sie Gegensätze haben — und sie haben sie im Verhältnis der Rohstoffindustrie zu den verarbeitenden Gewerken — da stellen sie sie vor der Öffentlichkeit zurück und bieten sich dem Gegner in geschlossener Front. Es hat

in der Krolloper keine knifflischen Diskussionen über tatsächliche Fragen, kein Verrätergeschrei und kein Abjagen von Führergarnituren gegeben, wie das bei den Kommunisten üblich ist. Es gab in der Krolloper auch keine Sorge vor der angeblich bevorstehenden kommunistischen „Weltrevolution“, sehr richtig hat man dort erkannt, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die wirklich gefährlichen und einzuigen ernstlich zu bekämpfenden Gegner sind. Ueber den „Aufsturm der Industrie“ hat man nicht mehr wie 1909 öffentlich debattiert, aber man hat in aller Stille die schweren Gedächtnisse für den Wahlkampf aus ihm herausgetragen. Den bürgerlichen Parteien wird die Tagung in der Krolloper viel Geld bringen. Aber auch der Masse des arbeitenden Volkes kann sie etwas bringen, nämlich dann, wenn diese Masse den Wegweiser erkennt, der für sie ausgerichtet worden ist, und begreift, wohin sie zu marschieren hat.

Abchluß des Hitler-Prozesses.

Urteilserkundung am Dienstag.

Der Prozeß gegen Hitler und Genossen hat gestern nach längeren Schlussbemerkungen der Angeklagten sein Ende erreicht. Das Urteil soll am Dienstag, den 1. April, verkündet werden. Vier Wochen lang dauerte die Parade, die im Kasino der Infanterieschule in der Blumenburger Straße von großen Geistern abgenommen wurde, die sich für die letzte Rettung Deutschlands hielten. Das Resultat ist nicht nur blamabel für die Angeklagten, sondern auch für die Republik.

Der Reichspräsident, die verantwortlichen Minister der Republik, ihre Verfassung und ihre Institutionen durften öffentlich geschmäht werden, ohne daß es der Gerichtshof für nötig befand, die Angeklagten und ihre Verteidiger mit der nötigen Schärfe in ihre Schranken zurückzuweisen. Die Szene gestaltete sich oft zu einer offenen Verhöhnung der Republik. Es wäre ein zweckloses Beginnen, sich hilfelegend an die Reichsregierung zu wenden. Sie ist nicht schuldlos an dem Jammerpiel, das in München vorüberzog. Sie hatte nicht den Mut, der Rebellion in Bayern von vornherein mit der nötigen Energie entgegenzutreten. Sie hat auf diese Weise die bayerischen Gegenpieler zu einer Ueberhöhung der eigenen Kräfte herausgefordert. Durch die Losenslosigkeit und die Jaudertaktik der Reichsregierung erst konnte das Gespenst des Direktoriums mit diktatorischen Vollmachten in gewissen Köpfen als ein Gebilde von Fleisch und Blut erscheinen. Erst dadurch konnte sich bei den Hitler und Genossen die fanatische Ueberzeugung festsetzen, ein „Marsch nach Berlin“ sei ein Sonntagnachmittagsausflug.

Ueber die Pläne der Herren vom Direktorium sieht man heute in mancher Hinsicht klarer. In den kritischen Tagen hatte sich ein weitverzweigtes Netz von Verschwörern gebildet, die die Diktatur anstrebten. Sie verfügten über die Organisationen aus dem völkischen und deutschen nationalen Lager. Der Augenblick zu handeln war denkbar günstig. Daß der „Absprung“ trotzdem unterblieb, beweist, daß die Schwierigkeiten bei den Feinden der Republik groß genug sind, um ihre Talente zu lähmen.

Das ist zunächst ein Plus für die Republik. Aber damit darf es nicht sein Bewenden haben. Der Hitler-Putsch ist im Rahmen der antirepublikanischen Wählerarbeit eine minder wichtige Episode. Die Kahr, Lojow, Glöck und Gahl, die durch die Märsche des Gesetzes zu schlafen versuchen, sind die gefährlicheren. Sie werden zweifellos unter der Oberfläche weiterarbeiten. Wie sie Bayern zu einem „Ausland“ innerhalb der deutschen Republik gemacht haben, werden sie versuchen, auch noch andere Teile aus dem Rahmen loszulösen. Mit dem Hochverratsparagraphen allein läßt sich die Bewegung nicht bekämpfen. Die Autorität des Staates wird gestärkt werden müssen, wenn man den Kampf auf die Dauer erfolgreich führen will. Es ist ein unmöglicher Zustand, wenn sich einzelne Länder über Reichsverfassung und Reichsgesetze hinwegsetzen und monarchistische Manieren bei ihren Beamten buiden. Soll aber das Reich

die Macht haben, den Ländern energisch gegenüberzutreten, dann muß an der Spitze des Reiches eine Regierung stehen, die über eine starke und zielbewußte Mehrheit im Parlament verfügt und die sich auf die Reichswehr verlassen kann.

Im Hitler-Prozeß wurden die Vorgänge in der Infanterieschule in München unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandelt. Dem Temperamentsausbruch eines der Verteidiger verdankt man es, daß man heute wenigstens soviel weiß, daß große Teile der Infanterieschüler in den Novembertagen zu Hitler übergelaufen waren und den „Marsch nach Berlin“, also den vollendeten Hochverrat mitmachen wollten. Die Infanterieschule in München war jene Anstalt, in der der Offiziersnachwuchs für die Reichswehr herangebildet wurde. Sie war die einzige Anstalt dieser Art. Wenn dieser Geist der Republikfeindschaft bei den Anwärtern auf die Führerstellen in der Reichswehr großgezogen wird, kann sie die Anforderungen, die die Republik zu stellen hat, nicht erfüllen.

Aufgabe der Reichsregierung ist es, sich über diese Frage mit der Reichswehr auseinanderzusetzen. Sie kann es nur, wenn sie sich auf eine Parlamentsmehrheit stützt, die weiß, was sie will. In München wird man am Dienstag einigen Hochverrättern das Urteil sprechen, die vorbestraft sind, und man wird sehen, inwieweit sich das bayerische Volksgericht, das übrigens bereits am 31. März in der Verlesung verschwinden soll, noch zur Achtung des Gesetzes verpflichtet fühlt. Das eigentliche Urteil über die gesamte hochverräterische Bewegung wird aber erst gesprochen werden, wenn die neue Reichstag zusammentritt.

Der Stahlhelm und Stresemann.

Von „zuständiger Stelle“ wird mitgeteilt:

„Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in der heutigen Morgenausgabe noch einmal eingehend mit den „Stahlhelm-Dokumenten“ und stellt hierbei folgende Fragen: „Haben Stresemann und Seufft die ultimativen Forderungen des Stahlhelm-Führers Seidte entgegengenommen, ohne ihn verhaften zu lassen? Und warum haben sie diesen Versuch der Amisnütigung und der Verleitung zum Hochverrat nicht erkannt und nicht danach gehandelt?“ Die Beantwortung dieser Fragen ist sehr einfach: Der damalige Reichslangser, Dr. Stresemann, und General v. Seufft konnten und brauchten die ultimativen Forderungen Seidtes nicht entgegenzunehmen, da Seidte ihnen keine Forderungen gestellt hat. Damit erledigen sich die weiteren Fragen von selbst.“

Demgegenüber weisen wir nochmals auf den von uns veröffentlichten Beschluß des Bundesvorstandes des „Stahlhelms“ vom 4. November hin, der telegraphisch an Stresemann weitergegeben wurde. In dem Beschluß heißt es ausdrücklich:

„Im Namen von Millionen ehemaliger Soldaten wendet sich der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlhelms und der Frontsoldaten an Sie, Herr Reichslangser, mit der Forderung, nunmehr umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch parlamentarische Parteien und Interessengruppen behindert ist. . . . Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur kann Deutschland retten. Wir verlangen nunmehr von Ihnen, Herr Reichslangser, daß Sie diese Diktatur umgehend schaffen. Worum machen Sie von den in Ihrer Hand befindlichen Machtmitteln nicht restlos Gebrauch? Handeln Sie, damit nicht andere handeln!“

Wenn Herr Dr. Stresemann in dieser Aufforderung keinen Versuch der Amisnütigung und der Verleitung zum Hochverrat erblickt, dann möchten wir ihn bitten, zu sagen was er denn unter dem Begriff „Amisnütigung“ und „Hochverrat“ versteht.

Der badische Landtag hat mit Mehrheit den Antrag auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Bod und Unger, die im Zusammenhang mit den kommunistischen Unruhen 1923 wegen Verdachts des Hochverrats verhaftet worden waren, auf die Dauer des Landtags angenommen.

Schneeschmelze in den Bergen.

Von Rag Ed-Troll.

Selt einer Reihe von Tagen bin ich in den Bergen. Dort, wo die Quellen springen.

Da ich ankam, wehte ein eisiger Nordost. Fuhhoher Schnee lag, als ich von der nächstgelegenen Bahnstation zwei Stunden Wegs zu dem Orte meiner Bestimmung stapfte. Und neue Schneemassen fielen hernieder. Die Wiese des Talgrundes war eine weite, weiße Fläche, die das Auge blendete. Die Lannenbäume der meinem Zimmer gegenüberliegenden steilen Bergabhänge waren mit dicken, wolligen Schneehäuben wie in den Weihnachts-Märchenbüchern bedeckt. Der Bach im Wiesengrund lief ruhig und ruhig in seinem Bett.

Heute nacht berührte sich der Godelbahn auf dem Kirchturm im Dorfe.

Ein Bauer sagte mir: „Es gibt Tauwetter. Der Godel da oben ist unser Wetterprophet!“

Und Westwind kam, von Frankreich her.

Warme Läufe wehten von den Bergen in das Tal hinein, wie graue Papierfetzen blies der Wind die Wolken vor sich her. Sie jagten so niedrig, als wenn sie an den Bergspitzen zerstäuben müßten.

In der Nacht fiel warmer Regen.

Als ich des Morgens nach festem Schlaf, wie wir ihn nur nach Wanderung in den Bergen geschenkt erhalten, zum Fenster hinaussah, war die große, weiße Schneefläche verschwunden bis auf einzelne wolke Inselfn, die aus dem Grün der Wiese hervorleuchteten. Auch zwischen den Stämmen des Waldes schimmerte die rotbraune Erde.

Der Bach im Tale aber hatte sich zu einem reißenden Ungetüm ausgewachsen. Von den Dachrinnen der Bauernhäuser troff und ginstete es unabhörlich. Die Dorfstraßen waren ein einziger See, dessen Wasser in kleinen, wellwunderlichen Rindeln talwärts dem Bach zufließen. An den Felsmänden hatten sich neue kleine Bäche gebildet. Bei meinem Haus war eine kleine Quelle neu erwacht, die Winterkälte hatte erlösen lassen. Sie rieselte in breitem Strom über die Wiesenfäcke dem Bache zu.

Von meinem Fenster aus kann ich den Bach wachsen sehen.

Beim Aufsteigen sah ich noch eine große Schneeflecke am Bachrand. Von Birkensunde zu Birkensunde wurde sie kleiner, und schließlich ganz im Wasser zu verschwinden. Der Bach ist über die Äfer gestiegen. Die Weidenbüume strecken nur noch wie hilflosend ihre schlanken Gerten über die Wasserfläche, die nun das ganze breite Tal überflutet.

Bei der haufälligen Mühle des Orts steht das Wasser schon im Keller. Gestern war der Bach noch so klar, daß man die Steine und die alten Kachepfeiler auf dem Grund ablesen konnte. Ein Fischweibchen, der im Tale als seltsamer Gast sich eingefunden, konnte gestern noch aus großer Höhe die Forellen im Bache stehen sehen und sie im

Niederstoßen schnappen. Heute ist das Wasser schmutzig gelb und undurchsichtig.

Die vielen kleinen Bäche gurgeln und glucksen in hellen und tiefen Tönen, von den Dachrinnen der Bauernhäuser und Scheunen fließt es in die Wasserläden hinein, von den Felsen spritzt es, und die ungelähmten Wasser des Baches rauschen wie Donner bei ansehendem Gewitter.

Es quillt und rieselt und fließt und strömt allerorten. Jede Ackerfurche ist zum Bach geworden.

Hier in den Bergen hat das Hochwasser der großen Täler seinen Anfang.

Wie hier in unserem Gebirgotal quillt und fließt alles in den vielen Seitentälern des Gebirges. Ungestümer Bach vereinigt sich mit seinen Brüdern der anderen Täler zum noch wilderen Fluß. Und Flüsse eilen zum großen mächtigen Strom.

Und bald wird der Strom über seine Ufer treten!

Unter den Bogen, die das Land im Tale überfluten, die die Häuser der Ebene bedrohen, ist auch der kleine Quell, der bei meinem Hause eben aus dem Winterkälte erwacht, ist das Wasser unserer Dorfstraße, sind die Millionen Rinnsale der Ackerfurchen.

Aus Rietnem und Kleinfen wird Mächtiges, Großes.

Es raunt und rieselt und rinnt und rauscht in den Bergen.

Die Schneemassen auf den Bergen haben ihre Wanderung begonnen, die Quellen ihren Winterkälte beendet.

Ihr Brüder in den Tälern habet acht!

„Der Mantel“ von Puccini.

Deutsches Opernhaus.

Von den drei neuesten Einaktern Puccinis, „Der Mantel“, „Schwester Angelita“ und „Bianchi Schiachi“ hat uns das vorige Jahr den letzteren beschert. An den zweiten hat sich noch kein Theater herangemacht, den ersten bekamen wir Mittwoch zum ersten Male zu hören. „Der Mantel“ ist eine tragische Idylle, mit einer Handlung, die aufs natürlichste aus dem tiefen sozialen Elend der „Böhmer“ eines Schlepplachtes auf der Seine vor Paris hervorkommt. Das Textbuch des Giuseppe Adami (nach „La Houppelande“ von Didier Dods) schärft tiefer als die früheren veristischen Textbücher, ist einfacher in seinem Naturton und hält sich frei von Thränen. Die Oper ist ein Beweis dafür, daß Puccini reiflos an sich arbeitet, daß er das letzte an äußerem Wohlfeilen Prunk und kollektiven Singklang zu opfern versteht, wo es hinpaßt. „Der Mantel“ ist von einer „Tosca“ etwa so weit entfernt, wie „Parfival“ vom „Hilgenland Holländer“. Wenn die leeren Quinten des Vorspiels daherschnellen, packt einen die Angst, es könnte zu futuristisch werden. Aber auch hier zeigt sich der Meister, der in der Beschränkung noch größer ist als in hellem Kaffelnern. Der ganze Einakter ist von der ersten Note an bis zur letzten in ein einheitliches, halb mildes, mitleidiges, verstehendes, halb bändürftiges,

stuerndes, sozial ausgewähltes Dämmerlicht gehüllt. Er ist kein Werk von monumentaler Größe, auch wird des große Publikum lange, sehr lange brauchen, bis ihm die letzten Feinheiten aufgehen. Wie ganz und sicher zugleich beglückte Puccini die Keinsie Phäse der Rede, der Handlung, wie gewollig wiederum künden sich die drohenden Wolken an! Trotz voller Wagnerischer Bedeutung des Orchesters sind die Sänger die Hauptkräfte, brauchen nicht unnatürlich zu forcieren und haben mit ihren Zwiereden manches Schöne. Das Orchester hat sich hier zu höchster Blüte entwickelt. Die Aufführung fand unter der Leitung von Wilhelm Freund und aus Dresden statt. Eine neue, sehr erfreuliche Erscheinung. Er weiß genau, was er will, und den verschiedenen Stilarten aufs trefflichste gerecht. Die Inszenierung von Dr. Pauly war ebenfalls vorbildlich. Desider Zador (Moros) war für seine Aufgabe ganz der geeignete Mann, wo das föstliche Herportreten nicht blanz, sondern Resignation und Belinismus verlangt. Der Henry Jaro Dvoraks war ausgezeichnet, temperamentvoll und doch höchst einfach, gefanglich famos. Clara Born (als Gast) als Georgette ist gelanlich unanständig, dorstlerisch etwas zu wenig differenziert. Die Aufführung war absolut erstklassig. Orchester und Chöre waren aus in der „Cavalleria“, die als zweiter Einakter folgte, auf höchster Höhe. Meta Seinemeyer ist eine tadellose Santuzza, temperamentvoll ohne Ueberreibungen, dabei eine höchst sympathische Sängerin. Die Intonation bei der Führung des Chores vor der Kirche litt leider unter einer Senkung. Lußmann singt den Turido ganz als Heldentenor. Nicht viel Weichheit, aber strahlende Sieghaftigkeit. Die Darstellung ganz aus einem Guß, wenn vielleicht auch sie etwas zu spröde, zu eifrig für den nachher so wichtig umlaufenden.

Heinrich Maurer.

Was ist Stahl? Auf diese Frage wird man in der Regel die Antwort erhalten: „Stahl ist schmiedbares Eisen mit mehr als 50 kg/mm Zugfestigkeit“ oder „Stahl ist härteres schmiedbares Eisen mit mindestens 0,35 Proz. (auch 0,50 Proz.) Kohlenstoffgehalt“. Die erste wie die zweite Definition ist nicht haltbar.

Schmiedbares Eisen hat bekanntlich die Eigenschaft, daß seine Zugfestigkeit durch Wärmebehandlung, namentlich bei höheren Kohlenstoffgehalten, sowie durch Warm- und Kaltreckung nicht unerheblich geändert werden kann. Infolgedessen kann ein und dasselbe Material einmal unter, das anderemal über der 50-kg-Grenze liegen. Auch die Bildung der Grenze zwischen schmiedbarem Eisen und Stahl mit Hilfe des Kohlenstoffgehalts ist unsicher, denn außer dem Kohlenstoffgehalt hat auch der Mangangehalt auf die Härte einen wesentlichen Einfluß. Ferner werden im heutigen Sprachgebrauch verschiedene Marken als „Stahl“ bezeichnet, die diese Benennung nicht führen dürfen. Ueberhaupt bezeichnet man vielfach schmiedbares Eisen höherer Qualität als „Stahl“ (Elektrostahl, Dieselstahl), ohne Rücksicht auf die Zugfestigkeit und den Kohlenstoffgehalt. Ferner spricht man von Stahlguß, auch wenn er weniger als 50 kg Zugfestigkeit hat.

Die Bestimmung einer scharfen Grenze zwischen Eisen und Stahl ist also nicht möglich und schließlich auch gar nicht notwendig, wie uns das Vorgehen der Amerikaner, Engländer und Franzosen zeigt, die schon lange alles auf möglichem Wege hergestellte schmiedbare Eisen

Vor dem O.C.-Prozess.

Die SS. meldet, ist damit zu rechnen, daß der große O. C.-Prozess vor dem Staatsgerichtshof im nächsten Monat zur Verhandlung kommen wird. Es handelt sich dabei um das Geheimblutverbrechen gegen 38-40 Mitglieder der betamten Organisation Consul (O. C.). Die Voruntersuchung wurde bereits im März während der Ermittlungen nach den Teilnehmern am Rathenau-Mord und im Anschluß an den Klinger-Prozess in Offenburg eingeleitet. Unter den Angeklagten wird sich in erster Linie der auch in Rathenau-Prozess wegen Kapitäneumant Hoffmann aus München befinden, ferner „Gharobis rechte Hand“, der im Hüller-Prozess als Zeuge aufgetretene Kapitänleutnant Kauter, aller Wahrscheinlichkeit nach auch zwei Angehörige aus dem Rathenau-Prozess, nämlich Ernst Werner Tschow und Kapitäneumant Tilleßen, die zurzeit ihre Justizhaus- bzw. Gefängnisstrafe verbüßen. Bei der ungewöhnlich großen Anzahl von Beschuldigten wird es sich voraussichtlich um den größten Prozess handeln, der bisher vor dem Staatsgerichtshof zur Verhandlung gekommen ist. Als Verteidiger werden u. a. tätig sein die Rechtsanwälte Dr. Quegebrunn-Göttingen, Justizrat Willi Hahn, Dr. Sad und P. Bloch-Berlin. Die Anklage dürfte Oberreichsanwalt Ebermeyer selbst vertreten.

Hochverrat an Hochverrättern?

Wäzler Sozialdemokraten solidarisch mit Gen. Hoffmann. Kaiserlautern, 27. März. (Mit.) Eine Versammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei von Kaiserlautern hat sich der von der Sozialdemokratie in Speyer angenommenen Entschließung zur Frage der Strafverfolgung der drei Parteimitglieder Hoffmann, Kiefoos und Wagner einstimmig angeschlossen. Die Entschließung lautet:

Die sozialdemokratische Partei von Kaiserlautern stellt mit Genehmigung des Reichstagsabgeordneten Genossen Johannes Hoffmann-Kaiserlautern ausgeführt hat. Die Partei hat das dringende Bedürfnis wiederholt und in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß alle sozialistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten von Kaiserlautern in der Oktoberaktion geschlossen hinter der sozialdemokratischen Partei und besonders hinter dem Genossen Hoffmann stehen. Nachdem die Geschichte der letzten Monate klar und unabweislich erwiesen hat, daß der pfälzischen Bevölkerung nur durch die Oktoberaktion unersetzliches Leid und Elend erspart geblieben wäre und nachdem der Hüller- und Rüdiger-Prozess jetzt schon auf das Bestimmteste zeigt, daß die deutsche Republik von Bayern aus zerstört werden sollte, vertritt die Frage der Strafverfolgung der Beauftragten der RSD. Dieser einen Schlag ins Gesicht, desgleichen vielen Republikanern der Rheinpfalz. Wir fordern deshalb mit aller Entschiedenheit, daß das gegen die Beauftragten der RSD. eingeleitete Verfahren sofort eingestellt wird.

Die Versammlung nahm zum Schluß noch eine Resolution an, die der Reichstagsfraktionmehrheit und dem Parteivorstand wegen ihrer Haltung zum Ermächtigungsgesetz das Vertrauen ausdrückt.

Der Zeigner-Prozess.

Das Plädoyer für Möbius. — Replik des Staatsanwalts. Am Zeigner-Prozess erhielt gestern nach der Mittagspause der Verteidiger des Möbius, Rechtsanwalt Tschopp das Wort. Er führte u. a. aus: Möbius steht vor dem Gericht als Kronzeuge besonderer Art in dem weit größeren Verfahren gegen Dr. Zeigner. Möbius habe das mit seinem Instinkt herausgefühlt, und darin liege auch der Grund für die Widersprüche in seinen Aussagen. Er habe sich früher freigeäuert und festgehalten, und erst als er in der Hauptverhandlung erkannte, um was es ginge, habe er der Wahrheit die Ehre gegeben. Sein böser Geist sei Dr. Meißner gewesen, der mit allen Mitteln trachtete, ihn bei seinen für Dr. Zeigner belastenden Aussagen zu halten. Durch die besonderen

als „Stahl“ bezeichnen. Daher beschloß der Werkstoffausschuss des Normenausschusses der Deutschen Industrie, daß fortan mit „Stahl“ alles aus flüssigem und auf teiligem Wege hergestellte, schon ohne Nachbehandlung schmelzbare Eisen zu bezeichnen sei, und zwar je nach der Herstellung als „Flußstahl“ oder als „Schweiß- oder Buddelstahl“. Hierbei ist zu bemerken, daß in Deutschland im Gegensatz zu dem Sprachgebrauch in Amerika, England und Frankreich auch das Schweiß- oder Buddelmaterial ohne Rücksicht auf seine Zugfestigkeit oder den Kohlenstoffgehalt als „Stahl“ bezeichnet werden soll.

Als der Werkstoffausschuss diesen Beschluß sah, war er sich klar darüber, daß man die oft eingeführten Handelsbezeichnungen nicht mit einem Schlag durch einen Ausschlußbeschluss umwerfen kann. Daher legte der Werkstoffausschuss des RND fest, daß die üblichen Handelsbezeichnungen wie z. B. U-Stahl, Winkelstahl, Schraubeneisen, Niveleisen usw., vorerst noch beibehalten werden sollen. Wir befinden uns übrigens auch in diesem Punkte in Uebereinstimmung mit den Amerikanern und Engländern.

Kaisers neue Komödie im Lesing-Theater. Es kommen vor: ein verführerischer Graf mit Geldbeutel, Rinderraub wegen Millionenvermögens, eine Erbin, Baron und Baroness, ein stolzer, junger Graf der in Wahrheit das Kind einer Diene ist. Also ein dramatischer Koloritroman. Daher der Name „Kolorit“. Ein Stoff, der oft schon von Hermann Bahr, behandelt ist und doch ein g'altlicher Griff des Dichters. Denn Georg Kaiser behandelt die hochmöglicherweise Uebertreibung, so wie es heute allein angebracht ist von oben herab; er gibt sie in ihrer Verbortheit der Bächerlichkeit preis. Nach den ersten beiden Akten war das Publikum mit Recht begeistert; mit dem Schluß hat Georg Kaiser, wie so oft, den mit Vered angepackten famosen Stoff nicht in einheitlicher Linie zu Ende geführt.

Die Erhaltung eines Brandenburgerischen Naturdenkmals. Einer der schönsten Baumgänge in der Umgegend von Berlin, die Allee Bornlin-Bornstedt, die Bäume von ganz ungewöhnlicher Stärke besitzt, sollte auf das Bereitwilligste von den Anliegern niedergelassen werden. Das Verschwinden der Allee wäre für das Landschafts- und Vorbild von ungleichgültiger Wirkung gewesen. Auf Betreiben der staatlichen Stellen für Naturdenkmalspflege verlor der Regierungspräsident die Bemerkung, die Zeitschrift „Naturdenkmalspflege“ nicht daraus die beherzigenswerte Schlussfolgerung: „Die Arbeit von Heimatschutz und Naturdenkmalspflege würde weit leichter und erfolgreicher sein, wenn jede beachtliche Veranstaltung oder Zeremonie rechtzeitig gemeldet würde. Weist erfahren die zuständigen Stellen erst durch die Zeitung davon, wenn es zu spät ist.“

In der Humboldt-Hochschule hat Dr. Radner Sonnabend 8 Uhr abends, 20.31 einen Vortrag über „Gumoren den deutschen Rubriken“.

Bühnenchronik. Der Reichstheater der holländischen Bühnen-Vereinigungen hat den Komödientheater der Wiener Staatsoper, Prof. Clemens Kraus, zum Direktor der Oper in Frankfurt a. M. ernannt.

Das neue Drama B. Shaws. Bei seiner Londoner Uraufführung wurde Bernard Shaws neuestes Drama „Die heilige Johanna“, das sich mit der Jungfrau von Orleans beschäftigt, vom Publikum mit rauschendem Beifall aufgenommen.

Umstände sei er dazu gebracht worden, mit der Wahrheit zu jonglieren. Zu den einzelnen Anklagepunkten übergehend erklärte der Verteidiger, von einer Anklagefähigkeit des Möbius könne in keinem Falle die Rede sein. Er habe recht wohl gewußt, daß Dr. Zeigner keine Bestechungsgelder von ihm annehmen werde. Eher könne man eine fortgesetzte betrügerische Handlungsweise annehmen. Der Verteidiger bittet das Gericht, den Angeklagten bald wieder seiner Familie zurückzugeben.

In seiner Replik stellt Oberstaatsanwalt Schlegel einige Mißverständnisse richtig und hält im übrigen seinen Standpunkt im Falle Möbius aufrecht. Er beschäftigt sich mit dem Bestreben, die Glaubwürdigkeit des Zeugen Weiner anzuzweifeln und weist diesen Versuch zurück. Zu allen anderen Punkten der Anklage erklärt der Oberstaatsanwalt, daß die vorgebrachten Argumente der Verteidigung nicht beweiskräftig genug seien, um ihn zu einer Änderung seines Standpunktes zu bewegen.

Staatsanwalt Haugl erklärt zum Fall Schmärke, es sei von ausschlaggebender Bedeutung, daß sich der Damenpelz noch heute im Besitz der Frau Dr. Zeigner befinde. Er hält die Annahme des Pelzes durch Dr. Zeigner somit für erwiesen. Weiter sei erwiesen, daß das Geschenk Dr. Zeigner in einer bestimmten Richtung beeinflussen sollte. Dr. Zeigner habe die bei der Hingabe des Pelzes erwartete pflichtwidrige Handlung getan, womit der Tatbestand des § 331 gegeben sei. Staatsanwalt Haugl erklärt, es sei gar nicht nötig, daß Möbius tatsächlich als Erpreßer aufträte; die Tatsache seiner Gegenwart genüge, um bei Dr. Zeigner das Gefühl der Unsicherheit hervorzurufen. Was Dr. Weiser anlangt, so könne sein Einfluß auf verschiedene Zeugen nicht bestritten werden.

Die Verhandlung wird hierauf auf Freitag vormittag verlegt. Dr. Zeigner wird in der morgigen Sitzung das Schlusswort erhalten.

Die völkische Mörderpartei.

Deutschvölkische Helfer der Pöcherer Verbrecher.

Im „Deutschen Tageblatt“, dem Berliner Organ der Deutschvölkischen, das noch immer in Rostock hergestellt wird, beschäftigt man sich neuerdings auch schon mit dem Pöcherer Pöcherer. Es kommt dabei auf den feststehenden Einfall, den „Vorwärts“ am „Frangert“ zu sehen, weil wir die völkischen Mordbuben als das behandelt haben, was sie sind: Produkte der völkischen Organisation und Propaganda!

Um die Aufmerksamkeit auf sich abzuwenden, behauptet das „Wulle-Blatt“, der Angeklagte Jurisch habe vom „Vorwärts“ für seine Erzählungen Geld bekommen“ und sei auch im Gefängnis noch mehrfach vom „Vorwärts“ unterstützt worden.

Das ist eine Verdreherung einfacher Tatsachen. Wie unser Kollege Schiff vor dem Staatsgerichtshof als Zeuge bekundet hat, wollte der in Todesangst umherirrende Jurisch zunächst durch seine Vermittlung zum Minister Überbringungsgehilfe werden, um dort seine Angaben zu machen. Dieses Angebot war selbstredend bedingungslos. Erst als sich dieser Wunsch an jenem Abend nicht verwirklichte, veranlaßte Schiff den Jurisch, seine Angaben zunächst ihm selbst zu machen, sodann mit der Absicht, in für den nächsten Tag eine Verabredung zu treffen. Damit sich dann der vollkommen mittellose Mann — der von seinem eigenen östlich gestimmten Vater verstoßen ist und dem seine elterliche Mutter den schriftlichen Rat gab, sich das Leben zu nehmen — bis zum nächsten Tage über Wasser halten könne, wurden ihm 5000 M. — damals eine Rappalle von wenigen Groschen — förmlich ausgedrängt. Daß unser Redakteur, als Jurisch nach seinem dritten freiwilligen Geständnis auf dem Polizeipräsidium verhaftet werden mußte, für Rechtschutz und dergleichen sorgte, war eine Selbstverständlichkeit, die auch vom Staatsgerichtshof als solche anerkannt wurde.

Als auf Grund der Aussagen des Jurisch die wirklichen Mörder gefaßt waren, deuten deutschvölkische Vertauensleute durch Zuwendung reicher Geldmittel zur Flucht verhelfen hatten, hat die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ allen diesen Angeklagten nicht nur Todesbesagen in Hülle und Gefängnis übermitteln, sondern ihnen auch deutschvölkische Verteidiger bestellt und glänzend honoriert. Wer anders hat etwa ein Interesse daran, die Mordbuben, die nach einer Erklärung des Pöcherer Kreisleiters nicht in fetten Bissen gestanden haben sollen, die aber vor Gericht alle angaben, deutschvölkisch zu sein, durch Bestellung eines Heeres von Verteidigern nebst weiblichem Anhang und Privatauto zu unterstützen?

Die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ möchte ihre blutigen Spuren vor den Bohlen gern verwischen. Das soll ihr nicht gelingen! Sie hat die verdorbene Koffbad-Organisation als Ganzes in ihre Reihen aufgenommen; die Mörder oder Totschläger waren ihre Anhänger. Deren Beschützer und Helfer waren Vertrauensleute der Groesse-Partei. Und diese Partei selbst hat alles getan, um die Mordbuben zu decken und unsichtbar zu machen. Am Frangert steht sie, die Partei der Erzberger- und Rathenau-Mörder, der Hüller-Pöcherer und der ehrenwerten Gesellschaft, die jenen völkischen Totschlag im Walde bei Pöcherin vollzog!

Deutschnationale Beamtenfürsorge.

Als in den Rosenbergschlachten des vorigen Jahres Marktentwertung und Uebersteuerung einander jagten, traten die Schutzpolizei-Beamten von Königsberg, die zum größten Teil nach den Besatzungsgruppen 2 und 3 befehligt werden, an den Polizeipräsidenten mit der Bitte heran, ihnen bereits am 3. November einen Teil der am 3. November fälligen Bezüge als Vorschuß auszuzahlen, da sie ihr Gehalt infolge der Entwertung vorzeitig verbraucht hätten und in jenen unruhigen Tagen überaus schwierigen Dienst nicht ohne hinreichende Nahrungsaufnahme bewältigen könnten. Der Polizeipräsident Genosse Rüdiger kam diesen berechtigten Wünschen entgegen.

Die Deutschnationalen haben es fertig gebracht, diesen Akt elementarster Menschlichkeit zum Gegenstand einer Beschwärze im Landtag zu machen. Daß ein Teil des Gehalts am Sonnabend, den 3. November, statt am Montag, den 5. November ausgezahlt wurde, so sagen sie in einer kleinen Anfrage, müßte erhebliche Unruhe hervorzurufen.

Darum wäre zu erwägen, daß in der kritischen Zeit der schlimmsten Wertentwertung ein gewisser Graf Westarp im Reichstag das klassische Wort geprägt hat: „Das Volk verhungert bei vollem Scheunen.“ Derselbe Geist der Menschensiebe, der aus diesen Worten spricht, weht einem auch aus der Beschwärze der ehrenwerten Genossen Westarps entgegen. Die Deutschnationalen entpuppen sich immer wieder als echte „Volls“-partei.

Der Reichsrat gab am Donnerstag seine Zustimmung, daß die Verordnung über Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Waschläden, Glaschleifereien und Holzbohrereien sowie Sandbläsereien auf weitere zwei Jahre verlängert wird.

Polen — Mauer. Die litauischen Behörden haben 300 polnische Familien ausgewiesen und an die Grenze befördern lassen.

Vorstöß gegen Preußen.

Delegiertentag der Nationalliberalen Vereinigung.

Die neugegründete Nationalliberale Vereinigung der Deutschen Volkspartei hielt gestern im Reichstag eine Konferenz ab, an der Vertreter aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. Es sprachen Dr. Kühne-Dortmund, Wg. Dr. Gildemeister, Generaldirektor Bögl, Frhr. v. Bersner, Döderich (vom Reichslandbund) und Dr. Karchh.

Sämtliche Redner wandten sich mit außerordentlicher Schärfe gegen den Vorstoß der Volkspartei, Außenminister Dr. Stresemann. Trotz aller Schwierigkeiten, so sagte Dr. Kühne, müsse ein Frieden mit der Partei noch möglich sein, wenn aber Dr. Stresemann den Frieden nicht wolle, so werde die Nationalliberale Vereinigung zeigen, daß sie auch kämpfen könne. Man wird sich demnach bei dem Parteitag der Deutschen Volkspartei auf allerhand Geßte machen lassen.

Sodoch ging die Debatte wieder dahin, die Volkspartei von vornherein auf eine Rechtskoalition festzulegen. Die große Koalition, so hieß es, sei ein für allemal erledigt. Im Reiche und in Preußen müsse für eine Bürgerblockregierung gefordert werden. Dieser Standpunkt wurde in einer Entschließung festgelegt, in der zu gleicher Zeit beschlossen wurde, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. Also Kampf gegen die Koalition in Preußen und gegen Stresemann!

Nach der Tagung der „Nationalliberalen Vereinigung“ suchten drei ihrer Vertreter den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, auf und überbrachten ihm im Auftrag der Vereinigung mehrere Forderungen, die die politische Richtung der Volkspartei und das Führerproblem in der Partei betreffen. Herr Stresemann hat die ihm gebotene feine Schür nicht angenommen. Sein Organ, die „Zeit“, polemisiert heftig gegen die Forderungen, und läßt herbe Worte über die Finanzierung der „Nationalliberalen Vereinigung“ fallen:

„Aus dem lehrhaften Vortrag des Herrn Dr. Gildemeister hebt sich eine Stelle heraus, in der er sich zu der Frage berechtigt glaubt, ob die absolute Unabhängigkeit der „Zeit“ gewährleistet sei, oder ob sich „in diesem Zeitungsunternehmen Einflüsse geltend machen“, die „nicht die unseren sind“. Die „Zeit“ möge entweder den parteioffiziellen Mantel ablegen oder die Bücher öffnen. Hierzu nur ein paar kurze Bemerkungen. Die „Zeit“ ist ein Organ der Deutschen Volkspartei und ist als solches mit der finanziellen Unterstützung von Parteifreunden ins Leben gerufen worden. Sie unterscheidet sich dadurch wesentlich und sehr zu ihren Gunsten von einer ganzen Reihe von Organen, die von industriellem oder sonstigem Kapital beherrscht werden. Die „Zeit“ vertritt in voller Freiheit die Politik der Deutschen Volkspartei, ohne irgendwelche finanzielle Abhängigkeit. Ihr eine solche Abhängigkeit vorzuerwerfen, ist gerade Herr Dr. Gildemeister zu allerletzt berufen. Im übrigen kann die „Zeit“ ihre Bücher ohne jedes Bedenken öffnen, und sie ist dazu gerne bereit, wenn die diesen Organe daselbe tun, die von Herrn Hugenberg und den ihm nahestehenden Herren kontrolliert werden. Diese Weisheit läßt man aber im Verborgenen büßen. Die Unabhängigkeit der Presse ist offenbar nach Ansicht dieser Herren nur dann in Gefahr, wenn sie selbst sie nicht unter ihre Protektion nehmen können.“

Die Entschcheidung, ob die „Nationalliberale Vereinigung“ als organisierte, nach rechts drängende Opposition in der Volkspartei bleibt, oder ob sie eine Sezession vornimmt, wird auf dem Parteitag der Volkspartei fallen.

Rußlanddebatte im Oberhaus.

London, 27. März. (B.T.B.) Im Oberhaus sprach Lord Emmot von der verächtlichen und fast beleidigenden Aufnahme der gutgemeinten Anerkennung der Sowjetregierung durch die britische Regierung, z. B. durch Sinowjew, und erklärte, die Geste der britischen Regierung sei ein Fehlschlag geblieben, weil die Extremisten in Rußland wieder im Aufstieg seien. Wollte die britische Regierung gestatten, daß Koffstein, dessen Feindseligkeit gegenüber Großbritannien bekannt sei, mit der Sowjetdelegation zur Londoner Konferenz komme, die sich als ein Prestige erweisen dürfte? Die Kommunistische Internationale bestrebe darauf, Bolschewismus und Revolution zu verbreiten.

Lord Barnard erklärte, die Regierung habe Sowjetrußland anerkannt in der Meinung, daß sie das beste, einen neuen Geist in den Beziehungen zwischen Rußland und England zu schaffen. Dies sei notwendigerweise ein Experiment. Ein britischer Botschafter für Moskau sei bisher nicht ernannt worden, zumal auch die Sowjetregierung noch nicht die Persönlichkeiten benannt habe, die sie als Botschafter in London in Aussicht nehme.

Lord Curzon erklärte, die britische Regierung habe in der übereinstimmenden Weise Rußland anerkannt, ohne vorher eine Unternehmung der Lage anzustellen. Sie habe

der despotischsten und in mancher Hinsicht barbarischsten Regierung, die jetzt in der Welt bestesse, einen riesigen Zuwachs an Prestige

gegeben, sie habe ohne irgend etwas dafür zu erhalten, ein mächtiges Druckmittel aus der Hand gegeben. Jede britische Regierung müßte aber zum mindesten bestehen auf Anerkennung der russischen Krieger- und Kriegsschulden, denn wenn England in diesem Punkte nachgäbe, so würden für die übrigen Gläubigerländer Rußlands die größten Schwierigkeiten entstehen. Jede britische Regierung müßte ferner bestehen auf Wiedererstattung des Entschädigung für die Ländereien, Häuser oder Fabriken, die die Sowjetregierung britischen Untertanen geraubt habe. Rußlands Vorkriegsschulden betragen 167 Millionen Pfund, seine Kriegsschulden 630 und die britischen Ansprüche auf Schadenersatz bzw. Wiedererstattung 180 Millionen. Auch er fürchte, daß die britische Regierung ernstlichen Enttäuschungen auf der bevorstehenden Londoner Konferenz entgegengehe.

Der Lordkanzler erklärte, die von Curzon befolgte Politik habe zu nichts geführt. Es sei Sache des russischen Volkes, sein Haus in Ordnung zu bringen.

Opposition der polnischen Sozialisten.

Warschau, 26. März. (B.T.B.) „Robotnik“ veröffentlicht eine Rundgebung der sozialistischen Fraktion, in der erklärt wird, daß das Kabinett Grabsti trotz seiner gegenläufigen Zuversicht die auf eine Schmälerung der erworbenen Arbeiterrechte (Arbeitszeit, Urlaub, Krankentagen) gerichteten Bestrebungen der Reaktion unterstütze. Ferner behauptet die Rundgebung, die letzten Ernennungen für Verwaltungsposten trügen parteipolitischen Charakter; gegen die Winderheiten werde eine Unterdrückungspolitik geführt, die innen- und außenpolitisch schädlich sei. Die Sozialisten wollten zwar mit Rücksicht auf die Finanzierung Grabsti nicht stürzen, machten aber ihr weiteres Verhalten von der Berücksichtigung ihrer Forderungen abhängig, nämlich Schutz der Arbeiterinteressen, Beachtung der Verfassungsgarantien in Verwaltung, Gerichtswesen, Reform der Winderheitenpolitik und bessere Leitung der Außenpolitik.

Gewerkschaftsbewegung

Manchester-Sozialpolitik.

Auf der gestrigen Tagung des industriellen Unternehmertums entwickelte Geheimrat Borjig die Grundzüge einer Sozialpolitik, wie sie das Unternehmertum auffasst. Zunächst wandte er sich gegen den Vorwurf, daß die Unternehmer die jetzige wirtschaftliche Notlage in selbstfüchtiger Weise auszunutzen, um den Arbeitern alle sozialen Verbesserungen zu nehmen, daß sie aus sozialreaktionärer Einstellung heraus jede Sozialpolitik bekämpfen. Herr v. Borjig hielt es für überflüssig, diesen Vorwürfen, die doch nicht von ungefähr kommen, auf den Grund zu gehen. Er erklärte sie einfach aus der „dogmatischen Einstellung“ der freien Gewerkschaften und ihrer Presse und aus der grundsätzlichen feindschaftlichen Einstellung der sozialdemokratischen Partei gegen das Unternehmertum. Wir machen freilich kein Hehl daraus, daß wir die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung nicht als der Weisheit letzten Schluß gelten lassen. Eine Wirtschaftsordnung, die es zu ihrem Gedeihen für notwendig erachtet, daß von der zur Fristung ihres nackten Daseins auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesenen Arbeitnehmerschaft, zwei Drittel in übermäßig langer Arbeitszeit fronden müssen, ohne Rücksicht auf ihr Familien- und Kulturleben, damit das letzte Drittel abgebaut, der schlimmsten Not und dem Elend ausgeliefert wird, kann unsere Anerkennung niemals finden. Daß für unseren Standpunkt im Unternehmerlager so wenig Verständnis zu finden ist, rührt hauptsächlich daher, daß keiner der Herren auch nur eine blasse Ahnung davon hat, und so von jeglichem Gewissenstrudel darüber befreit ist, wie es mit der Lebenshaltung der erwerbslosen Familienväter bestellt ist. Der Generaldirektor Böglers setzte sich mit dem Bize über das Schicksal, das „die Wirtschaft“ den Abgebauten bereitet, hinweg, daß die Erde sich nicht vergrößere, die Menschen aber sich vermehren. Das führt zu der Konsequenz: die Zurücken müssen umkommen.

Bemerkenswert ist die Klage des Herrn v. Borjig, „daß eine mehr als fünfjährige Zusammenarbeit mit den Führern der Gewerkschaften (in der Zentralarbeitsgemeinschaft) deren Auffassung und Kampfesweise nicht gewandelt hat.“ Es kann also die kommunistische Behauptung nicht stimmen, die Gewerkschaftsführer seien in der Arbeitsgemeinschaft zu „Stinnesmechtern“ geworden. Bedenklicher erscheint es v. Borjig, wenn selbst Teile einer bürgerlichen Partei die Praktiken der Arbeitgeberverbände mißbilligen und „eine Anzahl badischer Hochschulprofessoren“ die Arbeitgeberchaft ernstlich vor sozialpolitischer Reaktion warnen.

Die Unternehmer-Sozialpolitik hat sich zunächst den jeweiligen tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. Die Bedürfnisfrage entscheiden die Unternehmer, oder sie lassen „die Wirtschaft“ darüber entscheiden. Soweit jedoch ein Bedürfnis anerkannt ist, muß es sich nach den realen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie nach Meinung der Unternehmer bestehen, sowie nach den finanziellen Mitteln des Volkes richten. Welche Mittel das eigentlich sind, sagte v. Borjig nicht. Es sind offenbar die Mittel, die das Volk der Arbeitnehmer infolge der niedrigen Löhne und Gehälter nicht hat, und die Mittel, die der Industrie und Landwirtschaft fehlen, weil sie in ihren Unternehmungen festgelegt sind, deren Werte mit einer Goldmark in der Bilanz stehen. Der Staat darf sich in diese Sozialpolitik nicht einmischen. Höchstens soweit der Staatszweck es nach den Umständen der „Wirtschaft“ verlangt. Nur wenn die Selbstverwaltung versagt, sollen staatliche Behörden und Institutionen zuständig sein. Gesetzliche Regelungen und staatliche Institutionen müssen fortfallen und an ihre Stelle eine neue Zentralarbeitsgemeinschaft treten, mit freier Berufung, Selbstverantwortlichkeit und Selbstverwaltung.

Die Koalitionsfreiheit — mit schwarzen Listen — wollen die Unternehmer anerkennen, verwerfen aber den Koalitionszwang und wollen das Koalitionsrecht auch für „Gelbe“ und „Waterländische“. Ein Streikrecht „kann nicht anerkannt“ werden, denn der Streik ist ein Machtmittel. Die Unternehmer wenden natürlich ihre Machtmittel niemals an. Die Arbeitswilligen müssen geschützt werden vor Vergewaltigungen ihres Willens und ihres Handelns.

Die Verantwortlichkeit der Organisationen erfordert auch deren zollrechtliche Haftung für daraus entstehende Schäden! Die Ausrechterhaltung der Sozialversicherung in ihrer bisherigen Dreigliederung wird anerkannt. Da jedoch die „Wirtschaft“ die alleinige finanzielle Trägerin der Sozialversicherung ist, erwartet sie, daß ihren Wünschen bezüglich äußerster Sparsamkeit Rechnung getragen wird. Die Arbeitslosigkeit wird durch Förderung der Produktion — in längerer Arbeitszeit mit Abbau — bekämpft. Die produktive Erwerbstätigenförderung, der Arbeitszwang, ist weiter auszubauen. Die Arbeitgeber sind bereit, Schwerverbeschädigte einzustellen, wollen jedoch keinerlei gesetzliche Verpflichtung dazu.

So soll der „Wirtschaft“ das Ausblühen und der Manchester-Sozialpolitik die Grundlage gesichert werden.

Die Krise im Buchdruckgewerbe.

In der gestrigen Abendausgabe haben wir bereits mitgeteilt, daß die Lohnverhandlungen am Mittwoch gescheitert sind. Zwar hatten sich die Unternehmer diesmal nicht wieder zu der auch in ihren Reihen offenbar als unsinnig erkannten Forderung eines Lohnabbaues verhalten, doch glaubten sie betonen zu müssen, daß weder in den allgemeinen Preisverhältnissen noch in der ausgesprochen guten Konjunkturlage des Gewerbes Gründe für eine Lohnsenkung zu finden seien. Mit dieser wiederholten brüchigen Ablehnung aller Forderungen der Arbeiter führten die Unternehmer bewußt den Abbruch der Verhandlungen herbei. Die Gehilfen- und Hilfsarbeiter-Organisationen erloschen nun heute in ihren Vorbereitungen folgende Rundgebung an ihre Mitglieder:

„Wiederum sind die Lohnverhandlungen ergebnislos verlaufen. Der Forderung der Arbeitervertretung auf eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne setzte die Prinzipalität die Erklärung entgegen, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Notwendigkeit einer Lohnsenkung nicht vorliege. Sie sei im Gegenteil der Auffassung, daß sich das Gewerbe erst noch weiter erholen

müsse. Infolgedessen verlangte die Prinzipalität, das gegenwärtige Lohnverhältnis bis zum 31. Mai bestehen zu lassen.

Die Arbeitervertretung lehnte diesen Standpunkt entschieden ab, weil sowohl die Höhe der Druckpreise wie die jetzige Geschäftslage die beantragte Lohnsenkung voll rechtfertigen. Da irgendwelches Entgegenkommen nicht mehr befeuert wurde, war damit der Abbruch der Verhandlungen gegeben.

Die Organisationsleitungen werden die erforderlichen Schritte unternehmen, um der Arbeiterchaft des Gewerbes zu der dringend notwendigen Verbesserung der Löhne zu verhelfen. Werden weitere Maßnahmen erforderlich, so ergeben sofort nähere Besprechungen.

Von der Arbeiterchaft wird erwartet, daß sie in gewerkschaftlicher Disziplin und Geschlossenheit hinter den Organisationsleitungen steht.

Nach dieser Sachlage scheint eine Krise im Buchdruckgewerbe akut zu werden, deren Ausbruch schon seit längerer Zeit zu befürchten war. Tiefgehende Erbitterung geht durch die Reihen der graphischen Arbeiterchaft, die niedergebunden durch eine langwährende Krise und große Arbeitslosigkeit, sich bisher zähneknirschend dem Druck der Verhältnisse beugen und die Auswüchse einer überspannten Syndikalpolitik ertragen mühte. Nun scheint der Bogen überspannt zu sein und das in einem Augenblick, wo die „notleidenden“ Buchdrucker- und Setzungsbesitzer infolge der vom Deutschen Buchdruckerverein geübten Preispolitik geradezu glänzende Gewinne einheimen können. Bei den kommenden Bahlaufträgen hofft man dazu wohl noch mit künstlich niedrig gehaltenen Löhnen bei doppelten und dreifachen Friedenspreisen ein besonderes Bombengeschäft machen zu können. Die „Notleidenden“ der Inflationszeit, die sich so oft und so reichlich aus öffentlichen Ritten stützen ließen, werden nicht länger mehr ohne Erbitten den Grundlohn „nehmen“ ist selber denn Geben“ praktizieren können, ohne daß sich einmal die breitere Öffentlichkeit mit den Dingen auf dem Buchdruckpreisgebiet beschäftigt und Fragen aufwirft, die kürzlich das Buchhändler-Börseblatt ausführlich behandelt hat. Und die Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes ist schließlich auch heute noch in der Lage, sich den geraden Anteil am Erlöse ihrer Arbeit auch gegen den Willen übermäßig gewordenen Unternehmers zu erzwingen.

Ausperrung bei Östram.

Der Lohnstarif der Metallindustrie ist am Sonnabend abgefallen. Die Belegschaft der Mechanischen Werkstatt von Östram, Rottebrot, forderte deshalb von der Direktion darüber Auskunft, welche Löhne sie in Zukunft zahlen wolle. Da die Firma es schroff ablehnte, eine bestimmte Antwort zu geben, ließ die Belegschaft die Arbeit ruhen. Die Firma entließ die gesamte Belegschaft und ist nur bereit, etwa Zweidrittel der bisher Beschäftigten wieder einzustellen. Die ausgesperrten 420 Arbeiter sind nicht gewillt, sich dieser Willkür des Unternehmers zu beugen und fordern, daß alle wieder eingestellt und gemäß entlohnt werden.

Angestelltenstarif für die Berliner Metallindustrie.

Ueber die von uns vor etwa vier Wochen beantragte Verbindlichkeitsklärung des am 3. März gefällten Schiedsspruchs hat das Reichsarbeitsministerium trotz aller unserer Bemühungen noch keine Entscheidung getroffen. Was das Reichsarbeitsministerium veranlaßt, circa 70 000 Angestellte über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen solange im unklaren zu lassen, war bei allen telephonischen Rückfragen nicht zu erfahren.

Inzwischen hat der Gedag wiederum allein mit dem BBNV vor einigen Tagen verhandelt. Es soll dabei ein Abschluß erfolgt sein, der für die technischen und kaufmännischen Angestellten generell eine fünfprozentige Erhöhung der Gehaltsbesätze für März genauüber Februar und eine Erhöhung der sozialen Zulage von 8,50 auf 10 W. vorkommt. Die Wertmeisterbesätze erfahren nach diesem Gedag-Abkommen keine Erhöhung.

Es ist immerhin interessant, festzustellen, daß der Gedag nunmehr Gehaltsbesätze vereinbart hat, die nicht unweilschlich unter den durch Schiedsspruch festgelegten Besätzen liegen, nachdem er vor kurzer Zeit die Gehaltsbesätze des Schiedsspruchs in einem besonderen Rundschreiben als völlig unzureichend bezeichnet hat. Das Gedag-Abkommen hat natürlich auch diesmal das von dieser Organisation offenbare und zur Genüge bekannte Arbeitszeitabkommen zur Grundlage.

Das neue Gehaltsabkommen hat für die im UFA-Bund organisierten Angestellten ebensowenig Rechtswirkung wie die früheren Abkommen des Gedag. Nach wie vor gelten für die Mitglieder unserer Organisationen die in unserem Flugblatt wiedergegebenen Richtlinien.

Die Verbindlichkeitsklärung über den Schiedsspruch vom 3. März muß zunächst abgewartet werden.

UFA-Retailartell.

Die Situation im Baugewerbe

Die Baubelegierten der Bauergewerkschaft Berlin des Deutschen Bauergewerksbundes besetzten sich am Mittwoch im Gewerkschaftshaus mit der tariflosen Zeit, die durch den Abbruch des Reichstarifvertrages und des Bezirkslohnstarifs am 31. März eintritt. Der Referent Gerike berichtete zunächst über den Verlauf der letzten zentralen Verhandlungen, der in Nr. 41 des „Borwärts“ bereits geschildert wurde. Die Verhandlungen sind beinahe an der Entschlossenheit des Baugewerksbundes gescheitert, den Achtstundentag auf seinen Fall preiszugeben. Gerike berichtete weiter über die letzten Bezirkslohnverhandlungen, die eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Pf. für die Zeit vom 26. März bis 8. April ergaben.

Die Verhältnisse im Baugewerbe erfordern mehr denn je die größte Kampfgemeinschaft. Leider gehen die Helfer der kommunistischen Partei darauf aus, die Bauarbeiter gegen ihre eigene Organisation aufzuspüren; sie suchen jetzt insbesondere die Betriebsräteposten an sich zu reißen, um die Betriebsräte ihren Sonderzwecken dienstbar zu machen. Den kommunistischen Einflüssen ist mit aller Entschiedenheit zu begegnen. Zusammenfassend mahnte der Referent, sich auf die tariflose Zeit vorzubereiten und sich auf den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages einzustellen. Nach kurzer Diskussion im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde der folgenden Resolution einstimmig zugestimmt:

„Die Berliner Baubelegierten verpflichten sich einstimmig, für die am 18. und 19. Februar gefällten Beschlüsse des Bundesrates einzutreten und für dessen Durchführung Sorge zu tragen. Insbesondere wird die Einstellung der Verbandsfunktionäre zur Erhaltung des Achtstundentages in vollem Umfange anerkannt, und der Bundesvorstand ersucht mit aller Energie in diesem Sinne weiterzuwirken. Die Verammlung erwartet in der Hauptsache vom Bundesvorstand, daß er grundsätzlich daran festhält, nur einen Tarifvertrag auf gen-

trafter Grundlage abzuschließen, in dem die 48-Stundenwoche ohne jede Klausel gesichert ist und das Vertragsmuster keine weiteren Verschlechterungen in sich birgt. Dergleichen verpflichten sich die Baubelegierten, den Vorstand der Bauergewerkschaft Berlin in diesem Bestreben zu unterstützen und nur seinen Parolen zu folgen. Ferner erwarten die Baubelegierten, daß die Spitzen des BBNV, die diesjährige Waiseier als Auftakt für einen ersten Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages gestalten!“

Genug des verbrecherischen Spiels! Einigkeit und Verbandstreue!

Halle, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Der vom Bundesvorstand des BBNV ausgesetzte „mitteldeutsche Bezirkslohnstarifvorstand“ führte bisher in Aufrufen des kommunistischen „Klassenkampfes“ und anderer mitteldeutscher Blätter sein Scheinwesen weiter. Jetzt treten Brauns und Hugo Hübner, beide Angehörige der B.D., mit einem Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Bauergewerkschaftsbundes heroor. Sie warnen in ihm vor den Anhängern des verächtlichen Weimarer Programms, mahnen zu lokaler Verbandstreue und weisen sich, kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen anzugehören. Sie sagen weiter, dieses verbrecherische Spiel mit der Einigkeit der Bauarbeiterchaft machen wir nicht mit. Augen davon haben nur die Unternehmer, die immer dann am stärksten, wenn die Arbeiter schwach, d. h. uneinig sind. Schließlich stellen sie fest, daß im „Klassenkampf“ mit der Unterschritt von Brauns gegen dessen Willen Mißbrauch getrieben worden ist. In der kommunistischen Partei dürften die beiden zur Einsicht gekommenen Gewerkschafter kaum noch lange verweilen dürfen.

Die erfolglosen Versuche, die Gewerkschaften für die kommunistische Partei zu erobern, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, haben die Scholern-Kommunisten gezwungen, die Rast zu lassen. Die Gewerkschaften, die sich nicht „erobert“ lassen, sollen gespalten, zerplittert, ruiniert, die Arbeiterchaft dem Unternehmertum wehrlos ausgeliefert werden, um sie zur Verzweiflung zu treiben. Dann erst glaubt man die Arbeitermassen gehörig präpariert, um sie in Straßenkämpfe zu hehen. Die mit der Verheißung auf die Weltrevolution genarrten Arbeiter kommen alleamt, soweit sie noch vernünftig denken können, zu der Einsicht, daß ein geradezu verbrecherisches Spiel mit ihnen getrieben wurde. Hoffentlich reißt diese Erkenntnis jetzt bald, sonst könnte sie zu spät kommen. Denn es ist allerhöchste Zeit, die alle gewerkschaftliche Einheitsfront wieder herzustellen, überall dort, wo es den Moskauer Söldlingen gelungen war, sie zu zerschneiden.

Zum Verkehrsfreie in London.

London, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett hat am Donnerstag eine dreistündige Sitzung abgehalten, in der die Lage im Londoner Verkehrsfreie, der drohende Streik der Bergarbeiter und die von den Unternehmern angekündigte Ausperrung der Werftarbeiter besprochen wurde. Die Regierung hat den Einsatz von Militärkraftwagen für die Bewältigung des durch den Verkehrsfreie stillgelegten Londoner Verkehrs vorbereitet. Diese Automobile sollen eventuell durch militarisierteres Personal geführt werden. Der Generalrat des Trade-Union-Kongresses hat bereits am Donnerstag in einer Entschließung ausgesprochen, daß er keinen Widerstand gegen die Pläne der Regierung, die Londoner Verkehrsfreie zu erschtern, leisten wird.

Wahltag, Karet! Heute abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Cool 5, Engländer, Versammlung aller Verbandmitglieber, die auf dem Boden der Antirömischen Gewerkschaftsrichtung stehen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ullrich: Wohnungsnot und warum unterliegt die Bauarbeit? 2. Die Berührungsbereiche der Kommunisten in den Gewerkschaften und ihre Stellung. 3. Tageslohn für zahlreiches und patriotisches Gelingen. 4. Verhandlung über die Wahltag. Der Verbandsvorsitz, J. W. Franz Raiser.

Verband der Tischler und Tischlermeister, Gieselerstraße, heute abend 7 Uhr in den Zentral-Gehilfen, alle Jalousien, 22. der meiste Parteimitgliedern mit den Gehilfen aller unter dem Verbandstarif arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

Aus der Partei.

Kandidatenaufstellung in Hamburg.

Hamburg, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegiertenversammlung der Hamburgischen Landesorganisation stellte nach einem Referat des Genossen Großmann und nach einer längeren Aussprache, die von jedem Richtungsstreit frei blieb, am Donnerstagabend einstimmig Peter Großmann, Berlin, Vorsitzenden des BBNV, und die bisherige hamburgische Abgeordnete, Johanna Meike, als Spitzenkandidaten für den Reichstag auf. Dann folgten der bisherige Abgeordnete Franz Lauffötter, Fritz Baepfow, Vorsitzender des Deutschen Bauergewerksbundes, Wolf Biederermann, Paul Bergmann, Heinrich Stubbe, Karl Diers, Grete Zabel, Lothar Popp, Emil Krause und Dr. Adams. Dem bisherigen Abgeordneten und Stenführer, Genossen Otto Stollen, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter und sein Amt als Bürgermeister von Hamburg auf eine Kandidatur verzichtet hat, wurde eine sehr herzliche Ovation bereitet.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Colquhoun; Gewerkschaftsbewegung: A. Schöner; Religion: A. A. Böckler; Soziales und Sonstiges: Felix Kaufmann; Wissenschaft: H. Glaser; Schriftlich in Berlin: Verlag: Sozialistische Partei, G. m. b. H., Berlin. Druck: Sozialistische Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Abdruckkosten 2, 3/4 bis 2/4 Pfennig.

Bei spröder Haut

rauen, roten, aufgesprungenen Händen verblüfft KOMBELLA-CREME durch die schnelle, wohltuende, heilende, verjüngende Wirkung. Es gibt nichts Wirksameres als

KOMBELLA

KOMBELLA-CREME KOMBELLA-SEIFE

Rauch' Kaffee

Echt arabischer **Rändlern-Café** Engropreise **Mocca wieder da!**

Gewürze, ganz und gemahlen. Rauch, Invalidenstr. 164, Schhaus Brunnenstr. 26



Ich habe mancherlei versucht,

bin aber immer wieder zu meiner alten Marke zurückgekehrt: der guten **Massary-Ligarette**

Kleine Massary 2/8

In der Schule des Proletariats.

Aus der Praxis der neuen Unterrichtsmethode in der weltlichen Schule.

Man wendet die Pfannen durch Nacht, die Menschen aber durch die Erziehung.

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise, in der die Arbeiterklasse alle Kräfte zusammenfassen muß, um den Ansturm der vereinigten Unternehmener abzuwehren, treten die kulturellen Fragen ein wenig zu sehr in den Hintergrund aller Erörterungen. Man vergißt immer wieder, daß zu einer neuen Gesellschaft neue Menschen gehören. Jeder Mensch ist ein Produkt seiner Erziehung und der ihn umgebenden Verhältnisse. Gerade daraus ergibt sich für das arbeitende Volk die Notwendigkeit, die Augen offenzuhalten. Man kann die Verhältnisse nicht ändern, bevor die Menschen nicht andere sind. Ein Kreislauf in beständiger Wechselwirkung. Nun hängt es davon ab, diese Faktoren richtig einzuschätzen. Der Beginn jeder neuen Erziehung liegt in der Schule. In einzelnen Berliner Bezirken haben wir die neue Schule: die weltliche Schule. Wie und in welcher Art unterscheidet sie sich von der alten?

Die alte

Die alte Volksschule ist eine mechanische Lernschule. Ohne Rücksicht auf Begabung und Fähigkeit der Kinder nahm man den buchmäßig festgelegten Stoff durch. Der Lehrer erzählte den Kindern, was sie lernen sollten. Mit vieler Mühe versuchte er es verständlich zu machen. Dann kam der von allen gesüchtete Augenblick: der Lehrer ließ seine Ausführungen zusammenfassen und „erzählen“. Es währte nicht lange, da klingelte es. Die Schultunde war zu Ende. Für heute hatte der Lehrer seine Pflicht getan. Zu Hause mußten die Kinder nun „pausen“, um den durchgenommenen Stoff auswendig zu lernen. Sollte am nächsten Tage der Lehrer gute Saune und hatten die Kinder gut „gelernt“, so war alles in Ordnung. War eins von beiden Dingen nicht der Fall, so tanzte der gefährliche Rohrstock. Was vom Schullehrer gesagt wurde, mußten die Kinder als unantastbare Weisheit und kritiklos hinnehmen. Die selbständige kritische Denkfähigkeit des werdenden Menschen blieb ungenutzt und ungepflegt. Nun gibt es unter den Kindern Leontzüge des Geistes und geistig Schwache. Aber der Lehrer mußte sich an den Stundenplan halten. Der vorgezeichnete Plan bestimmte die Marschroute und so konnte der Lehrer auf die schwächeren Kinder keine Rücksicht nehmen. Kam nun einmal unverhofft der Herr Schulrat, so ließ er sich zunächst das Klassenbuch vorlesen und nahm den Lehrplan zur Hand. Stellte der Schulrat eine Frage und griff zum Unglück des Lehrers einen der schwächsten Schüler heraus, dann war es vorbei. Die Schulbank wurden zu Martiriumsinstrumenten. Es wurde befohlen, gedrillt, „erzogen“.

— und die neue Schule.

In der neuen Schule ist die ganze Erziehung, die Methode der Wissenserwerbungs auf einer anderen Grundlage aufgebaut. Nicht festes Wissen und Schulbücherweisheit wird den Kindern vermittelt, sondern die Gabe lebendiger Auffassung der Lebensvorgänge, die Ehrfurcht vor den Wundern der Natur, die Weisung und Schulung des Denkfähigkeits. Es herrscht größere Bewegungsfreiheit. Der Schüler wie der Lehrer unterscheiden streng Freiheit und Rücksichtlosigkeit. Die Jüngsten beginnen mit Anemiasse und Stäbchen zu spielen. Der Lehrer hat nun die schwierige Aufgabe, dieses Spielen in die gewünschten Bahnen zu lenken. Das Ziel der modernen Schule ist, jeden nach seinen Fähigkeiten zu bilden und jedem nach seiner Veranlagung den Weg zu ebener zum Handwerk oder geistigen Beruf. — Wir betreten eins der Klassenzimmer. Keine Tafel, Schwämme, oder Kreidetafel, „schneiden“ die Wände. An der einen Wand hängen die Porträts von Schiller und Goethe. Ferner sieht man schöne Landschaftsbilder und Sprüche. Alles ist von den Schülern selbst angefertigt. Man bewundert so manche sorgfältig geschnitten Holzarbeit. Auf dem Fensterbrett stehen Blumen, natürliche und künstliche in selbstvermachten Vasen. Junge und Mädchen werden zusammen in einer Klasse unterrichtet. Die Trennungsprinzipien der alten Schule sind beseitigt. Die angestrebten Beförderungen der Moralphilosophie wegen „sittlichen Verfahrens“ sind vollkommen unbegründet. Durch den gemeinsamen Unterricht wird keine Scheidewand zwischen Jungen und Mädchen aufgerichtet, wie es bisher tatsächlich zum Unglück der Gesellschaft der Fall war. Die Hebermütigkeit und Unbändigkeit der Jungen wird durch die Gegen-

wart der Mädchen eingedämmt. Es verschwindet die Zimperlichkeit der Mädchen die Gefälligkeit und übertriebene Stille. Der Wille zur Freundschaft und Kameradschaft ist auf beiden Seiten. Zwanglos ist der Unterricht. Ein Mädchen verliest ein selbstverfertigtes Gedicht. Wie leicht und unerschrocken. Nicht der Lehrer, sondern ihre Mitschülerinnen und Mitschüler geben ihr Urteil ab. So wird das kritische Denken und Empfinden des Kindes geweckt. „Na, was wollen wir heute durchnehmen?“ fragt der Lehrer. Es regnet Vorschläge. Da sagt ein Mädchen: „Gestern hab ich in der Zeitung gelesen, daß in Berlin die „Meisterfinger von Nürnberg“ gegeben werden. Ich hab' den Wunsch, daß wir darüber uns mal unterhalten!“ Dieser Vorschlag findet den meisten Beifall und er wird akzeptiert. Es beginnt nun ein Zwiegespräch zwischen Lehrer und Schüler: „Was ist das für ein Ding, die „Meisterfinger von Nürnberg“?“ — „Wom ist nicht irrt, eine Oper!“ — „Warum heißt es aber „Meisterfinger“?“ — „Weil sie Meister im Singen waren!“ Ein Junge erhebt sich und sagt: „Ich muß dem widersprechen, denn die Meisterfinger bildeten eine Vereinigung von Handwerksmeistern, die zugleich auch Meister im Singen waren!“ — „Ist das richtig?“ — „Weil unter den Handwerksmeistern war man der bedeutendste?“ — „Der größte und bekannteste war Hans Sachs!“ — „So, nun sag mir aber, von wem ist denn die Musik zu dieser Oper?“ — „Von Richard Wagner!“ Es meldet sich ein Junge: „Herr Lehrer, wollen Sie uns heute einen ganz großen Gefallen tun? Möchten Sie uns doch etwas aus den „Meisterfingern“ vorspielen?“ Die ganze Klasse begrüßt jubelnd den Gedanken und der Lehrer führt ihn aus, denn ein Klavier steht spielbereit an der Wand. Leider ist nicht jede weltliche Schule im Besitz eines Klaviers. Eine vom Schicksal begünstigte Schule ist die weltliche Schule in Weihenstephan, Würzburg. Eine bekannte Firma stellte das Klavier kostenlos zur Verfügung. — Auch in den Pausen haben die Kinder größere Bewegungsfreiheit. Während in der alten Schule die Kinder 15 Minuten lang Hand in Hand im Kreise umhergehen mußten, Jungen und Mädchen hatten in ihren besonderen Hof, sehen wir hier in der neuen Schule, wie der ungedrohte Frohsinn der Jugend sich ausstößt im Spielen und Tanzen. Das alles fördert das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer und Schüler. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Haus, also zwischen Lehrer und Eltern ist ja eine der stärksten Säulen der neuen Schule und ein Symbol des gemeinsamen Werks. Die Kinder gehen gern in „ihre“ Schule, mag der Weg auch noch so weit sein.

Der Werk-Unterricht.

In der Bezirksversammlung des 18. Bezirks, Weihenstephan, vom 7. November 1923 forderte in einem Dringlichkeitsantrag die sozialdemokratische Fraktion, daß auch die Schulen an den Nachmittagen offen zu halten sind, damit die Kinder warme Räume haben. Der Antrag wurde sofort in die Praxis umgesetzt. — In der Weihenstephaner weltlichen Schule wurde sofort das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden. Man sammelte Geld zusammen. Eines Tages fuhr ein Wagen vor und vier Singer-Nähmaschinen wurden abgeladen. An jedem Nachmittag haben nun die größeren Mädchen Gelegenheit, das Nähen und Fäden zu erlernen. Einige Mütter und ehemalige Schülerinnen haben sich in den Dienst der Sache gestellt, helfen tüchtig mit, geben den Mädchen Anleitung und manchen Fingerzeig. Alle Kinder, deren Mütter keine Nähmaschine haben oder die keine Zeit zum Nähen und Fäden haben, können ihre Sachen beim Schulleiter abgeben und sie werden von den Mädchen sauber ausgeflickt. Während die Mädchen trennen, nähen, flicken, stricken, sind die Jungen auch äußerst rego. Da wird gelehrt, gezimmert, gemalt, geknetet, da werden Bücher gebunden, Zeitschriften eingewickelt. Alles wird mit den einfachsten Werkzeugen und Hilfsmitteln hergestellt. Ein Junge zimmert einen Fragelosten zusammen. In einer bestimmten Stunde jeder Woche wird dann der Fragelosten geleert und jede Frage besprochen und erläutert. Ein anderer Junge malt einen Lieberichsplan zum Wetterbericht. Jeden Tag werden dann Wind, Bewölkung, Niederschläge und meteorologische Erscheinungen eingezeichnet. Das weiterkundige Denken wird angeregt. — Alles in allem: Es ist eine Lust, diese Schöpfungsfreude der Kinder mit anzusehen und mit zu erleben. Kein böses Wort fällt.

Noch vieles läßt sich erzählen, aber der Raum gestattet es nicht. An Stelle der Glaubensformeln, Bibelprüche, Schöpfungsgeschichten

sieht in der neuen Schule Religionsgeschichte, Buddhismus, Brahmanentum usw. Eine wahrhaft demokratische Republik kann das veraltete Schulwesen des Obrigkeitsstaats nicht gebrauchen. Denn es gilt heute in erster Linie die Jugend frei zu machen von alten Banden und Vorurteilen.

Die Adressen der neuen Schulen haben wir in unserer Ausgabe Nr. 141 vom Sonntag, den 23. März veröffentlicht.

Radio für alle!

Gründung eines Arbeiter-Radioklubs.

Auf Veranlassung des Staatssekretärs Dr. Bredow haben im Reichspostministerium in diesen Tagen die angeklagten Besprechungen über die Neuordnung des Funkliebhaberwesens und über die neuen Vorschriften über den Rundfunkdienst stattgefunden. Anwesend waren Vertreter des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, der Fachgruppe „Drahtlose Telegraphie“, des Verbandes der Radio-Industrie, des deutschen Funkvereins, des Verbandes der Rundfunkteilnehmer, der Elektro-Großhändler- und Exportvereinigungen Gruppe Radio, des Verbandes der Elektro-Installationsfirmen, des Reichsfunkverbands, des Verbandes deutscher Radiohändler, der Elektro-Installateur-Zwangsgewinnung Groß-Berlin, des Verbandes deutscher Elektrotechniker.

Einleitend gab der Staatssekretär eine Reihe Erläuterungen zu der am 10. d. M. in Kraft getretenen Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Funkverkehrs. Er betonte, daß die Verordnung keine Erschwerung für die Weiterentwicklung des Rundfunks bedeuten, sondern nur einen Rückhalt für die Telegraphenverwaltung bilden sollte, der unerlässlich ist, um gerade eine Regelung im freibeitlichen Geiste durchzuführen zu können. Die Vorschläge des Reichspostministeriums wurden im wesentlichen angenommen. Es wird insbesondere binnen kurzem ein vereinfachtes Anmeldeverfahren durch die Briefträger eingerichtet werden und auch die Einziehung der Gebührenbeiträge soll hinfort durch den Briefträger, und zwar in Zukunft monatlich, stattfinden. Ferner ist die Verwendung selbstgebauter Empfangsanordnungen ohne Röhren (Detektor-Empfang) unter der Voraussetzung freigegeben, daß die Anfertiger sich als Rundfunkteilnehmer eintragen lassen. Die Verwendung selbstgebauter Empfangseinrichtungen mit Röhren wird aus Sicherheitsgründen nur Angehörigen von anerkannten Funkliebhabervereinen erlaubt sein. Die für die Herstellung von Rundfunkgeräten zugelassenen Fabrikationsfirmen dürfen außer den amtlich gestempelten Rundfunkempfängern künftig auch Einzelteile vertreiben. Die Jahresgebühr für die Teilnahme am Unterhaltungsrundfunk soll in Zukunft 24 Mark betragen, die in monatlichen Teilbeträgen von 2 Mark erhoben wird. Ferner wurde die Einrichtung einer beim Verband Deutscher Elektrotechniker zu bildenden Prüfstelle für Rundfunkempfänger beschlossen. Die der Vorstehende besonders hervorzuheben, handelt es sich bei dieser neuen Güteprüfung nur um eine freiwillige Regelung. Es wird dadurch indes jedem Hersteller, der es wünscht, die Möglichkeit geboten, seine Erzeugnisse von einer unparteiischen sachverständigen Stelle prüfen und für die Allgemeinheit der Käufer deutlich erkennbar abstempeln zu lassen (VDE-Stempel). Der Käufer eines solchen Geräts erhält so eine Gewähr dafür, daß der Apparat gewissen Mindestanforderungen entspricht.

Das Funkwesen hat nach Eröffnung der Rundfunkstationen in allen Kreisen der Bevölkerung zahlreiche und begeisterte Anhänger gefunden. Verhindert bisher die rigorosen Bestimmungen der Telegraphenverwaltung, die selbstgebaute, einfache Detektorempfänger, die sich jeder einigermaßen technisch Veranlagte zu sehr billigen Preisen herstellen konnte, nicht zulassen wollten, sowie die hohen, mit einem Schläge zu bezahlenden Gebühren für den Rundfunkempfang, daß sich die große Zahl der Rundfunkfreunde öffentlich als Anhänger dieser Bewegung bekannnte, so ermöglichen es jetzt die angeklagten neuen Bestimmungen, auf die wir schon im geistigen Abendblatt hinweisen, weiten Kreisen der Arbeiterschaft, die Vorbereitungen des Rundfunks nicht mehr als Zaunpfahl anzusehen. Wir möchten hierbei nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die angeklagten Bestimmungen der Reichstelegraphenverwaltung durchaus den Vorschlägen auf-

(Nachdruck durch Volk-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Tirolerinnen, die weiße Mäuler haben, reichen lebendes Fruchteis. Um nicht essen zu müssen von diesem schauerlichen, lebenden Eise, wühlt Jürgen sich durch die empörr nachblickenden Damen und Herren durch, flüchtet die Treppe hinunter und stürzt in fliegender Eile durch die menschenleeren Mondstraßen heimwärts, durch den schimmernden Garten.

Da kniet, an Stelle der Brunnenfigur, der Kumpj in der Mitte des Bassins, Hände im Rücken gefesselt, symmetrisch umstanden von den zwölf auf Stangen stekenden, forsbigen, kopfgroßen Glaskugeln, die jetzt die zwölf Hinrichtungszweigen sind, und aus dem Halsstumpfe steigt das Blut als Springbrünnchen empor. Die Symmetrie wird gestört durch Jürgens Junglingstopp, der an Stelle der gelben Glaskugel auf der Stange steckt und die grauenwolke Drohung anspricht. „In Blödmöndnächten sollten Sie nicht bei überhängenden Fenstern schlafen. Auch abends keine schweren Speisen essen. Die verursachen gleichfalls Abträume.“ hatte der Hausarzt gesagt.

Das Schulmädchen stieg aus, schlug auf der Straße den Katechismus wieder auf und lernte weiter. Jürgen sah allein im Wagen. Er überlegte, welche Weisungen er heute dem Prokuristen zu geben habe für die Vöcke. Blödsinn stießte er, Mundwinkel in die Wangen zurückgezogen, die zusammengebissenen Zähne, drehte den Kopf seitwärts und bewegte die Lippen, als verhandle er mit einem hinter ihm Stehenden, der Befehle erteile, die Jürgen nicht befolgen könne.

Erst als er hinaus auf die rückwärtige Plattform trat und mit dem Schaffner eine Unterhaltung begann, entspannte sich sein Gesicht wieder.

Angefangen hatten diese Zustände vor einem Jahre. Er geht spazieren und muß plötzlich stehenbleiben, hat Atembeschwerden, ist nicht imstande, an einem Eckstein oder an einem Baume oder an einem Laternenpfahle, der sich durch nichts von anderen Laternenpfählen unterscheidet, vorüberzugehen. Kopf seitwärts gedreht, Zähne gefletscht, kämpft er gegen das Unsichtbare, das unaussführbare Befehle erteilt. Schnell tritt er in den nächsten Laden, legt sich, studiert

die Gesichter der Kunden, unterhält sich mit der Verkäuferin und bittet sie, ihm sechs besonders hariborstig Zahnbürsten in die Villa zu schicken. In dem unbewohnten Raum der Villa, wo auch die Antiquitäten und Gemälde für das Palais aufbewahrt waren, hatte sich im Laufe des letzten Jahres auf die Weise ein großes Lager verschiedenster Artikel angesammelt.

Gleich vielen Menschen, kann auch Jürgen es nicht ertragen, daß auf der Straße jemand hinter ihm geht. Auch am hellen Tage muß er stehenbleiben, interessiert eine Fassade betrachten oder schnell in einen Laden eintreten.

Außerhalb der Stadt, wo keine Leute sind, spazieren zu gehen, wagt Jürgen schon lange nicht mehr. Jemand geht hinter ihm her. Jürgen dreht sich um und wieder um und ganz um sich selbst. Immer steht in seinem Rücken der andere. Und da Jürgen nicht in einen Laden flüchten kann, wirft er sich zu Boden.

Einmal hatte er sich durch Adolf Einsheimer retten können vor dem Verfolger. Er steht, Zähne gefletscht, in menschenleerer Landschaft unter den unaussführbaren Befehlen des Unsichtbaren. Da erblickt er den Jugendfreund, der, in der Hand ein Notizbuch voll Rechnungen, an einem Baume lehnt und gedankensunken die ferne Hügelkette betrachtet, als dichte oder zähne er. Damals war das Unternehmen des Knopfabrikanten dem Konkurs nahe gewesen.

Jürgen macht einige Fruchtsprünge auf den Jugendfreund zu und bittet stehend den Erschreckenden: „Verkaufe mir deinen Bleistift.“

„Weshalb verkaufen? ... Hier, nimm ihn!“ Und er will ihm den goldenen Patentbleistift in die Hand drücken.

„Unmöglich! Das ist ganz unmöglich!“ Jürgen zwingt den Schulfreund, die Banknote zu nehmen, und steckt, befreit aufatmend, den Bleistift ein.

Die Straßenbahn hielt. Der Wagenführer drehte die Kurbel heraus. „Endstation“, sagte der Schaffner zweimal zu Jürgen, der verzerrten Gesichtes über die Schulter zurücksprach und nicht aussteigen konnte.

Junge Beamte eilten durch die Gänge, grüßten den Chef. Er aß die Stimme des Hausarztes nach: „Abends nur ein paar weichgekochte Eier essen. Wachweicht! Auch schadet es nicht, wenn Sie täglich dreimal etwas Brom nehmen.“

Das Bromsalzglas stand auf dem Schreibtisch. So oft Jürgen die Feder in die Tinte taucht, sah er das Salzglas, das herauszuwachsen schien aus dem Nacken des verheirateten

Beamten, der, reglos wie ein Eingeklammerter auf das Postgebäude, vor seinem Chef sah, schon Vater dreier Kinder war. Sorgenfalten im grauen Gesicht hatte und keine Weisheit mehr im Knopfschlag trug.

Auf das Postgebäude wurde ohne Betriebsunterbrechung ein Stockwerk aufgesetzt. Während des Vergrößerungsbaues mußte Jürgen mit drei Angestellten zusammen in einem Räume arbeiten. Ringsum, fern und nah, auf dem Dache und in allen Stockwerken wurde gehämmert, geschrien, gefragt, geböhelt.

In dem Bureau selbst stand katastrophischer Ruhe. Jürgen tauchte die Feder ein. Und wie er schreiben will, steht auf dem Bulte an Stelle des Tintensasses ein winziges, lebendiges Herrchen, das sich höflich verbeugt und lächelnd auf das Bromsalzglas deutet, mit einem feingegliederten Zeigefingeren.

Jürgen kann nicht atmen, flüchtet die Zähne, taucht die Feder noch einmal ein. Sticht sie auf den Kopf des Herrchens, das zum Tintensack zusammenschrumpt. Und wie Jürgen schreiben will, steht es wieder lebendig da, höflich vorgebeugt. Das Zeigefingerchen deutet, das Mäuschen lächelt und sagt:

„Mit Bromsalz kann eine Menschenseele nicht zum Schweigen gebracht werden. Ich versichere Ihnen, so wahr es ist, daß sehr viel mehr als neunundneunzig Prozent aller Zeitgenossen, die so viel von Seele reden, durch ihre Seele in gar keiner Weise mehr gestört werden, weil sie sie schon längst eingetauscht haben gegen Dinge, die ihren Marktwert haben ...“

Das ist wahr, dachte Jürgen. Das ist wahr. ... so wahr ist es, daß bei gewissen Individuen die Seele spielend leicht durch den allerstärksten Sachzwang durchschlüpfen und ihr vorbestimmtes Recht verlangen kann.“

Das Herrchen legte das Händchen an den Mund, als habe es ein tiefes Geheimnis zu offenbaren: „Die Seele will fliehen. Und flieht unter Umständen bei gewissen Individuen selbst auf die Gefahr hin, überzusschießen und alles in Verwirrung zu bringen. Denken Sie nur an die vielen, vielen Herrenhäuser, die es gibt auf dieser Erde. Voll! Überfüllt! Wer bezahlen kann, kommt in die erste Klasse und kann seine Seele preisensprechend behandeln lassen ... Nun, das ist ja Lebensläge, der Preis nämlich, wenn er auch in unserem Zeitalter bei allem die Hauptsache ist. Aber verzeihen Sie die Abschweifung.“

(Fortsetzung folgt.)

sprechen, die wir, um der Sache zu dienen, in Nr. 63 des „Vorwärts“ vom 7. Februar gemacht haben, und daß die Reichstelegraphenverwaltung mit großer Bereitwilligkeit diesen Anregungen alsbald gefolgt ist. Wir haben es daher auch unterlassen, die vielen Zuschriften, die uns von begeisterten Rundfunkfreunden unseres Vaterlandes zugegangen sind und die immer wieder gegen die bisherigen Bestimmungen des Reichstelegraphenwesens Stellung nahmen, zu veröffentlichen. Es ist nun weiter zu begründen, daß die Arbeiterschaft sich nunmehr auch zu einem Arbeiter-Radio-Klub zusammenschließen wird. Am Sonnabend, den 29. März, abends 8 Uhr findet im königlichen Realgymnasium, Elisabethstraße 57-58 (nahe Alexanderplatz) die Gründungsversammlung statt, in der der Pionier der Funktechnik Graf Arco einen Vortrag über „Die kulturelle Bedeutung der Radiotechnik“ halten wird. Wir empfehlen allen Genossen, die sich tatkräftig für das Funkwesen interessieren, sich an dieser Versammlung zu beteiligen und dem Arbeiter-Radio-Klub geschlossen beizutreten.

Ein Gaunertrieb.

Freispruch trotz schwerer Verdachtsmomente.

Ein raffinierter Taschendieb, bei dem den Tätern Brillanten im Werte von 10.000 Dollar in die Hände fielen, beschaffte das Amtsgericht Wite.

In der Mittagsstunde des 7. Februar d. J. betreten kurz hintereinander drei elegant gekleidete Ausländer das Auswärtigenamt in der Nähe des Alexanderplatzes. Während zwei der als Käufer auftretenden Fremden sich in der Nähe der Schaufensterauslage ein wertvolles Kollier anschauen, beschaffte der dritte in auffälliger Weise allein drei Verkaufserlöse. Er verlangte nach schweren Silbernen Schmuckstücken und alten Goldstücken. Schließlich kaufte er eine ein kleines goldenes Armband zum Preise von 100 R. und verließ den Laden, während die beiden anderen überhaupt nichts erstanden. Zunächst sei dem Personal weiter nichts auf, aber am Abend beim Ausschäumen des Schaufensters wurde jedoch festgestellt, daß an jener Stelle, an der sich die zwei Fremden aufgehalten hatten, die Schaufenstergehäube von innen ausgehoben und aus der Auslage ein Schmuckstück mit acht Brillanten entwendet worden war. Die Firma setzte durch Anschlag an den Plakataulen eine Belohnung von 5000 Goldmark aus. Etwa zwei Wochen später wurden sämtliche bei der Polizei in Haft befindliche Ausländer des Angeklagten und Wächtern der Firma vorgeführt, unter denen ein gewisser Saliz Fleischer aus Warschau und ein Kaufmann Rosenlohn aus Prag als zwei der in Frage kommenden verdächtigen Käufer mit Sicherheit wiedererkannt wurden. Der als Zeuge vernommene Wächter, der den ganzen Tag über vor dem Schaufenster den Patrouillendienst zu versehen hat, bezeugte, daß in dem Augenblick, als die beiden Käufer in unmittelbarer Nähe des Schaufensters sich anschauen, ein verkrüppelter Bettler herantam und den Boden bereiten wollte. Um das zu verhindern, habe er sich einen Moment von dem Schaufenster abwenden müssen. Die Bettler hätten einen Beweis der Täterschaft nicht fürbracht. Die Angeklagten seien mittags im Geschäft gewesen; erst am Abend sei der Verlust bemerkt worden. Es sei doch nicht ausgeschlossen, daß ohne ihr Zutun ein anderer Besucher den Diebstahl begangen habe; auch sei bei ihnen von der Diebstahlschuld nichts vorgefunden worden. Trotz schwerer Verdachtsmomente mußte das Gericht diesen rechtlichen Umständen der Verteidigung sich anschließen und auf Freisprechung erkennen.

Verabreichung des Gaspreises.

Der Aufsichtsrat der Berliner Städtische Gaswerke A. G. hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Gaspreise erneut beschäftigt und beschlossen, den Gaspreis von der Standard-Abnahme im April ab auf 19 Pf. je Kubikmeter festzusetzen. Diesen Beschluß hat der Aufsichtsrat nach eingehender Prüfung der rechtlichen Vorlagen lediglich in der Erwartung zu fassen vermocht, daß der Monat April eine Ermäßigung der Kosten- und Frachtenpreise bringt.

Geländebau der Arbeiter-Samariter.

Die Abteilungen Kaulfölin und Leopold der Arbeiter-Samariter-Kolonie, E. W., veranstalteten anlässlich des Schlußes ihrer Winterferien in den Müggelbergen eine größere Übung. Bei einer imitierten Explosion in einem Steinbruch, wozu sich eine Schicht aus Kentelesien außerordentlich eignete, sollten die gewählten Mitglieder ihr Können bei der ersten Hilfe zeigen. Nach Stattfinden der Explosion wurden die Samariter-Abteilungen, die sich im Lokal „Strandbühnen“ am Müggelberg aufstellten, durch Radfahrer alarmiert. Die Kolonne setzte sich sofort in Bewegung. Hierbei zeigte es sich, daß die Kräfte trotz des schwierigen Geländes ihrer Aufgabe gewachsen waren. Die marinierten Verletzten wurden im Verein einer großen Zuschauerarmee abgeholt und erhielten die erste Hilfe. Bald setzte sich der erste Transport zu der inzwischen angelegten Unfallwache in Reich. Jeder „Verletzte“ hatte eine Karte bei sich, woraus die Art seines Unfalles zu lesen war. Schon bei dem Transport erkrankten die Verletzten ein volles Verständnis für ihre künftigen Aufgaben. Schnell wurden Tragen aus Zweigen und Laubwerk angefertigt und darauf die Verletzten gebettet. Nachdem die Verletzten in der Unfallwache ihre Verbände erhalten und die anwesenden Ärzte diese Arbeit bewundert hatten, begann der eigentliche Transport nach dem Krankenhaus, das durch das Lokal „Strandbühnen“ bargeht wurde. Hier fand eine allgemeine Kritik im Beisein der Ärzte Dr. Lübe und Dr. Samuel, Kaulfölin, statt.

Umbau der Eisenbahnbrücke am Bahnhof Bellevue.

Die zweifache Umbau der Eisenbahnbrücke am Bahnhof Bellevue vor etwa einem Jahre begonnenen umfangreichen Bauten sind jetzt in ihrem ersten Abschnitt beendet. Es handelt sich um den Ersatz der alten eisernen Ueberbauten, die im Jahre 1892 bei der Eröffnung der Stadtbahn in Betrieb genommen, den höchsten Anforderungen nicht mehr genügen. Da der Verkehr auf den Gleisen während der Auswechslung der Ueberbauten natürlich nicht gestört werden darf, war vor der Auswechslung der Bau einer Stützbrücke erforderlich, die nunmehr fertiggestellt ist. Links und rechts der Spree besteht diese Stützbrücke aus hölzernen Böden, über die Eisenkonstruktionen gestreckt sind, die das Gewicht tragen.

Einbruch bei der amerikanischen Botschaft. In die Handelsabteilung der amerikanischen Botschaft, Subapostel Str. 21, wurde in der Nacht zum letzten Mittwoch eingebrochen. Die unbekannten Verbrecher brangen mit Nachschlüssel und Dietrich ein, durchwühlten die Behälter und stahlen außer einem Sealfroggen

und Wäsche, die L. T. W. gezeichnet ist, einen eisernen Geldkasten, den sie von dem Boden eines Schrankes, der für Bargabgaben bestimmt ist, entwendet haben. Dieser Kasten enthielt ein mit Diamanten besetztes Platinarmband, eine goldene achtschalige Herrentuhr, Eigtinfabrikat, eine goldene doppelstellige Taschenuhr, mehrere Scheidhüter Garfield-Saving-Bank, Cleveland, Ohio, und American Security and Trust Company Washington D. C., einen Liberty-Bon über 50 Dollar, einen Scheck auf die American Express Co. und Urkunden und Ausweispapiere auf den Namen G. W. Hillport. Mitteilungen zur Klärung an Kriminalkommissar Gänger, Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

Öffentliche Versammlungen

Dienstag, 1. April, abends 7^{1/2} Uhr, in folgenden Räumen:
Schulaula Plantagenstr. 15-17, für den Norden,
Schulaula Betersburger Straße 4, für den Osten,
Schulaula Dieffenbachstr. 60, Süden und Südosten.

Tagesordnung:

Die Not des proletarischen Kindes!

Referenten: Frau Bohm-Schuch, Dr. Lohmann, Dr. Löwenstein.

Genossinnen und Genossen! Diese öffentlichen Versammlungen müssen im Hinblick auf die Reichstagswahl zu einem starken Demonstration für den Schicksal des proletarischen Kindes werden. Deshalb wirt vor allem unter den Frauen für einen guten Besuch der Versammlungen.
Der Bezirksvorstand.

Die Reihe der Mordprozesse.

Ein Todesurteil und zwei Jahre Gefängnis.

Unter großem Andrang des Publikums begann vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III die Verhandlung gegen den Händler Erich Weich aus Kleinisdorf, der Beschuldigter ist, am 5. September o. J. in seiner Wohnung in Kleinisdorf Hedwig Plettig ermordet zu haben.

Der Angeklagte ist ein mittelgroßer Mann im Alter von 26 Jahren. Er steht ängstlich und schüchtern aus und verpielt reichlich Tränen während seiner Vernehmung. Nachdem er sein Verbrechen gestanden hat, gab er zu, daß er seit November 1923 arbeitslos gewesen ist und durch Sammeln von Almetall auf den Schicksalshaus gelebt habe. Er habe sich im Januar 1922 verheiratet. Auf die Frage, ob er mit seiner Frau gut gelebt habe, brach der Angeklagte in heftiges Weinen aus und konnte nicht antworten. Sodann wird er noch befragt, ob er früher eine Krankheit gehabt habe. Er habe als Kind eine Gehirnerschütterung erlitten. Er habe auch Anfälle auf der Straße gehabt und sei nach Hause gebracht worden. Im Felde habe er schwere Moratoriumsleiden gehabt. Die ermordete Plettig habe er schon im Juli in der Wip kennen gelernt und sei mit ihr mehrmals zusammen gewesen. Am 6. September hätten sie sich wieder getroffen, seien im Wintergarten gewesen und dann in den Geroldstuben. Gegen seinen Willen sei sie mit ihm in die Wohnung gekommen, als sie hörte, daß seine Frau verreist sei. Beim Frühstück erklärte sie ihm: „Du mußt mich heiraten und dich scheiden lassen; wenn Du es nicht tust, lasse ich es Deiner Frau.“ Sie hat dann immer wieder im Laufe des Vormittags dazu gedrängt. Da sei er in Aufregung geraten und wie die Tat geschehen ist, wisse er nicht. Als er erwachte, lag er in einer Wulstide. Das Blut war schon trocken. Früher habe er mit Rücksicht auf seine Frau und sein Kind ein ganz süßes Geständnis gemacht. Nach dem Erwachen habe er seine Kleider gereinigt, alles aufgewischt und die Leiche in eine Decke gehüllt und weggeschafft. Einen Teil der Sachen habe er verkauft. Zu seiner Beruhigung sei er abends im Klub gewesen, dann habe er nachts die Leiche zum Sandberg beim Friedhof gebracht und mit den Händen eingegraben. In den nächsten Tagen sei er ganz kopflos gewesen. Vorl.: Angeklagter, Sie haben vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter ein umfangreiches Geständnis abgelegt und zugegeben, den Plan der Ermordung gehabt zu haben, um sich in den Besitz der Sachen zu setzen. — Angekl. (weidend, mit der Faust auf den Anklagertisch schlagend): Das weiß ich nicht, dazu bin ich auf der Polizei gezwungen worden. — Vorl.: Ich halte Ihnen weiter vor, daß Sie von dem Erlös der geraubten Gegenstände Ihre Einrichtung freigelegt und sofort Schulden bezahlt haben. — Der Angeklagte bricht unter Tränen schweigend vollkommen zusammen. Prof. Dr. Strauch hat im Laufe der Verhandlung die Leiche obduziert. Der Tod ist durch Erstickung erfolgt; am Kopf waren Verletzungen von einem stumpfen Gegenstand; Gesicht, Hals, Brust und Oberarme waren durch Stiche vollständig verletzt. Es wurde weiter die Mutter des Angeklagten, eine alte, vergrämte aussehende Frau, vernommen, die unter bitterlichem Weinen über verlebte Jugendbräutchen und Nöten von Götterstrankheit ihrer Familie berichtet. Auch die Ehefrau des Angeklagten, die mit ihm in Scheidung liegt, meint bei ihrer Vernehmung sehr heftig und

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 28. März.
Tagesabteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbrisa. Nachm. 12.45 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. Nachm. 4.30 bis 6 Uhr: Unterhaltungsmusik.
4.30-6 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7 Uhr: Cinema im Hause.
7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Rotho: „Wie erhalte ich meinen Säugling gesund.“ 8.30 Uhr: Da es wieder Frühling ist... 1. Osterpredigt, aus „Faust“, von Goethe (Karl Zander vom Deutschen Theater, Hertzogen). 2. a) Grad, von F. v. Mendelssohn-Bartholdy; b) Frühlingssong in schwäbischer Mundart, von F. v. Mendelssohn-Bartholdy; c) Frühlingssong, von F. v. Mendelssohn-Bartholdy (Marie Flocke-Hagmann). 3. a) Frühlingsträume, von Schubert; b) Frühlingssong, von Schubert (Ugo Branner vom Stadttheater Hamburg). 4. Erster Satz aus der Frühlingssonate (F-dur) von Beethoven (Fritz Korbanc, Violin; Otto Urack, Klavier). 5. a) Es blüht der Teu, von Rubinstein; b) Frühlingssong, von Gounod (Ugo Branner vom Stadttheater Hamburg). 6. Liebe im Schnee, von Rob. Hamerling (Karl Zander vom Deutschen Theater, Rezitation). 7. a) Er ist, von Hugo Wolf; b) Frühling über Jahr, von Hugo Wolf; c) Zitronenkalter im April, von Hugo Wolf (Marie Flocke-Hagmann). Am Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

gibt ebenfalls zu, daß er häufig Erregungszustände hatte, bei denen er hinterher nicht wußte, was er getan habe. — Dr. Wauschum von der Irrenanstalt Buch bezeichnet den Angeklagten in bezug auf Charakter und Gemütsleben als minderwertig. Er habe auch gewisse Zeichen von Psychopathie; irgendeine Geisteskrankheit kommt nicht in Frage, so daß § 51 nicht Anwendung finden könnte. Sanitätsrat Dr. Leppmann kommt zu dem Schluß, daß irgendeine Geisteskrankheit auszuschließen sei; er hat aber auf Grund der Tat und der Verhältnisse gewisse Bedenken hinsichtlich der Heberlegung. Noch mehr als einstündige Beratung verliedete Landgerichtsdirektor Friedmann das Urteil der 5. Strafkammer, das dahin lautet: Der Angeklagte Weich wird wegen Mordes zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Das Gericht hat es bejagt, daß der Angeklagte für seine Tat völlig verantwortlich zu machen sei, und hat es verneint, daß die Tat im Zustand der Bewußtlosigkeit begangen ist. Der Angeklagte hatte die Absicht, die Plettig zu töten, um in den Besitz ihrer Sachen zu gelangen. Dieses Ziel hat er in konsequenter Weise verfolgt und seine verbrecherische Tat in vollem Bewußtsein ausgeführt. Der Angeklagte hörte das Urteil mit großer Ruhe an, während er im Laufe der Verhandlung mehrfach heftige Gemütsbewegungen gezeigt hatte, so daß die Verhandlung einige Male unterbrochen werden mußte.

In dem Gattenmordprozess gegen Frau Schrott und ihre Mitheiser wurde gestern das Urteil gefällt. Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Tatbestand sich nur in sehr wenigen Punkten aufklären läßt. Ob der erste Schuß gefolgt ist, als die Angeklagte Schrott mit ihrem Mann allein in dem Zimmer war, kann der Angeklagten nicht widerlegt werden und es ist auch nicht zu widerlegen, daß sie dabei in Notwehr gehandelt hat. Wie weit die beiden anderen Angeklagten bei den beiden weiteren Schüssen beteiligt waren, ist auch nicht zu erweisen. Es ist nur erwiesen, daß die Angeklagte Schrott in der Kaminski'schen Wohnung auf ihren Mann mit dem Revolver eingeschlagen hat. Die Aussage des Kaminski war so schwankend, daß sie für das Gericht ausfallen mußte. Nach dem ersten Schuß, der für das Urteil ausfällt, ist sie in einen Zustand der Katastrophe geraten, in dem zwar die freie Willensbestimmung nicht ganz ausgeschlossen war, in dem aber die Heberlegung gefehlt hat. Die Notwehr hat sie jedoch überschritten. Das Gericht hat ihr jedoch mildernde Umstände zugestanden, da sie in unheimlicher Weise von ihrem Mann mißhandelt und gekränkt worden ist. Das Gericht hat die Angeklagte Schrott des Totschlags schuldig befunden und zwei Jahre Gefängnis für ausreichend erachtet. Die beiden anderen Angeklagten wurden, da ihnen eine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte, freigesprochen und aus der Haft entlassen. Die Untersuchungszeit von fünf Monaten wird der Angeklagten voll angerechnet. H. W. Dr. Frey reichte eine Bewährungsfrist für die Angeklagte Schrott an. Der Vorsitzende stellte ihm anheim, den Antrag bei Gericht zu stellen.

Selbstmord zweier Brüder. Die 27. bzw. 19-jährigen Brüder Willi und Walter Müller wurden in ihrer gemeinsamen Wohnung in einer Straße der Gormannstraße, durch Gasvergiftung, tot aufgefunden. Die Leiden übergab man dem Schauhause. Der Beweggrund für diesen doppelten Selbstmord ist noch unauferklärt.

Verloren. Am Mittwoch abend ist auf dem Wege vom Versammlungsort Schüttsch-Brauerei, Hagenheide, nach dem Reuterplatz ein Schlüsselschloß verloren gegangen. Es wird gebeten, die Schlüssel im Restaurant Krüger, Reuter- Ecke Renaufstraße, gegen Belohnung abzugeben.

Der Rathenow der Reichsbahn gibt ein Konzert. Im Dezember 1923 wurden auf Veranstaltung des Oberrats der Reichsbahn Organe von Gesellschaft innerhalb der Reichsbahn selbst gesammelt und mit den so gewonnenen Mitteln den Armen eine Weihnachtsgabe unter dem Namen „Reichsbahnweihnachten für die Armen“ bereitet. In Berlin allein sind etwa 5000 Krone von der Reichsbahn selbst und beiseitig worden. Um dieses Vortreiben der Reichsbahn zur Vinderung der Not tatkräftig beizutragen, fertigen sich an der Veranstaltung des Oberrats der Reichsbahn der „Rathenow der Reichsbahn“ gegründet worden, der bereits im neuen Jahre mehrere Veranstaltungen mit bestem Erfolge ins Leben gerufen hat. Das letzte Konzert, das am 14. März im „Glow“ stattfand, und bei dem zwei Militärkapellen sowie der Berliner Männergesangsverein mitwirkten, soll auf vielseitigen Wunsch am 28. März ebenfalls im „Glow“ wiederholt werden.

Für die Jugendweiche im Großen Schauspielhaus am Sonntag, 30. d. M., vormittags 11 Uhr, sind Karten im Hauptkassieramt, S.W., Lindenstr. 7, II. Etg., 2 Kr. und zum Teil auch in den Verkaufsstellen zu haben. — Die Orchester der Reichsbahn sind in der Hofküche für Musik, Charlottenburg, sein Frühjahrskonzert. Umfahrkarten an der Nachmittagskassa.

Der Männerchor Heidenstein-Siemensstadt (Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes), Obermeister: Kapellmeister R. W. Ruppel, gibt am Sonntag, 30. d. M., nachmittags 8^{1/2} Uhr, in der Hofküche für Musik, Charlottenburg, sein Frühjahrskonzert. Umfahrkarten an der Nachmittagskassa.

Die Unwetterkatastrophe in Neapel.

Bergung der Opfer.

Nach den letzten Nachrichten kehrt die längs der Küste ausgefahrenen Schiffe wieder zurück und landen zahlreiche Opfer der Katastrophe, die im Seminar von Amalfi untergebracht werden, wo ihnen die erste Hilfeleistung zuteil wird. Beim Einsturz eines Hauses in Bellina Maggiore wurden sechs Personen getötet. In Marina Praiano wurden dreizehn Personen getötet. In Bellina wurden 20 Häuser zerstört und 85 Menschen getötet. Amalfi zählt fünf Tote.

Überall Hochwasser. Das Hochwasser der Weichsel steigt, wie aus Krakau gemeldet wird, ständig. Aus der Wojewodschaft Kielce wird mitgeteilt, daß dort eine Brücke von 200 Meter Länge zerstört worden ist. Neuesten Meldungen zufolge hat die Weichsel die unteren Ströme in Krakau erreicht. Die Bahnverbindung Warschau-Lemberg ist vollständig unterbrochen. Aus Warschau wird gemeldet: Esrinden auf der ganzen Strombreite bei einem Wasserstand von 4,38 Meter, weiter unterhalb Esrreiben auf der ganzen Strombreite. — Infolge starker Regengüsse sind in ganz Spanien Ueberflutungen vorgekommen.

Großfeuer auf einem Gut bei Wilhelmshaven. In der vergangenen Nacht ist das Anwesen des Landwirts Cordes in Hatterjam bei Wittmund einem Großfeuer zum Opfer gefallen. In den Flammen sind auch des Besitzers fünf Kinder umgekommen. Außerdem sind drei Kühe und ein Pferd verbrannt. Die Eltern waren während des Brandes vom Hause abwesend.

Nur 4 Pfennig kostet **MAGGI** Fleischbrüh - Würfel

Achtung auf den Namen **MAGGI** und die rotgelbe Packung.

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, erhält man kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



Wirtschaft

Industrie und Inflation.

Die gestrige Industriekolonie brachte die in interner Sitzung ausgearbeiteten Richtlinien zur Begründung der Wirtschaftspolitik der Unternehmer der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis. Doch es in den Reihen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie freilich, nachdem die verarbeitende Industrie von dem Diktat der Rohstoffherzeuger sich benachteiligt fühlt, ist zu bekannt, als daß es durch ein Dementi noch bekräftigt zu werden brauche. Wichtig wird aber an dem Dementi soviel sein, daß mit der Besserung der industriellen Konjunktur der Gegenstand sich wieder mildert. Solange man sich am Verbraucher schafeln kann, bedeutet die Lieberzeugung der Rohstoffe für die Verarbeiter in der Tat keine große Gefahr. Jedenfalls ist das solange nicht der Fall, als die ausländische Konkurrenz durch Einfuhrverbote vom inländischen Markt ferngehalten wird und das Preisgebäude künstlich aufrechterhalten werden kann. Für die Zukunft aber hofft man auf ein Allheilmittel, von dem bezeichnenderweise gestern mit keinem Wort die Rede gewesen ist, obwohl es im Reichsverband der Deutschen Industrie schon sehr intensiv behandelt wird, nämlich auf die Schutzzölle. Ueber diese brennende Frage der nächsten Zukunft verlor man kein Wort. Um so deutlicher zeigte man die Einmütigkeit in allen anderen Fragen vor der Öffentlichkeit. Von Streit, von Mißstimmung war in der Kundgebung nichts zu merken. Wann wird die Arbeiterschaft als Ganzes in einer öffentlichen Heerschau ähnlich aufzitreten können, ohne daß eine Gruppe die andere im Angesicht des Gegners und zu seiner Freude beschimpft? Nebenfalls kann man, muß man aus der Kundgebung der Unternehmer lernen.

Wer, wie der überwiegende Teil der Arbeiterschaft, von der Inflation aus einer Gleichgültigkeit in die andere hineingestoßen wurde und dabei die Versicherung nicht nur der Schieber, sondern auch der Konzernne gründenden Industrie erleben mußte, hätte erwarten können, daß die Industrie für ihre Haltung etwas zur Entschuldigung anführen würde. Der Sinnesdirektor Böglar hat in seinem Referat die deutschen Interessengemeinschaften und Konzernne als ein naturgemäßes Produkt der deutschen Wirtschaftsentwicklung hingestellt und sogar die Behauptung gewagt, daß durch diese Konzernne die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt, sondern vermehrt würde. So grundtatsächlich diese Auffassung ist — denn je mehr Menschen durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung zum Dienen verpflichtet werden, desto weniger können als freie Herren übrig bleiben — das eine Richtige ist an dieser Beweisführung, daß die Führer solcher Konzernne in der Tat die freiesten Herrscher in Wirtschaft und Politik sind. Und man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn in ihnen mit einer gewissen Selbstverständlichkeit das Streben nach Industralherzogtümern erwacht. Dieses Freiheitsgefühl der Expropriation gibt ihnen aber nicht das Recht, wirtschaftliche Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

Herr Böglar legte nämlich dar, daß die Industrie sogar eine nationale Tat begangen habe, wenn sie in der Zeit der größten Bedrängnis des übrigen Volkes ihre Produktionsmittel in Stand hielt und verbesserte. Darüber, ob der Erwerb eines Aktienpaketes in jedem Falle gleich eine Verbesserung der Produktionsmittel bedeutet, ließ sich der Mitarbeiter des größten deutschen Konzernnegründers nicht aus. Dit ist das Gegenteil der Fall. Aber Böglar gab zu, daß nicht alle Volksteile gleichmäßig von der Inflation betroffen wurden; und daß infolgedessen die Industrie in einer Zeit, wo die Arbeitskraft fünfzig und mehr Prozent ihres Einkommens durch die Inflationssteuer einbüßte, ihre Substanz erhalten und vermehren konnte. Die Industrie liebt es, Geschäftspraktiken, die sie im Interesse der Rentabilität des Betriebes oder zur Erhöhung der Profitrate annehmen darf, mit dem Nimbus patriotischer Gesinnung und vollkommener Nächstenliebe zu umgeben. Der Versuch des Rechtsanwalts Dr. Sammers, den egoistischen Wirtschaftstreib der Unternehmer als Ausfluß hohen Kulturrempfindens hinzustellen, ist außerordentlich bezeichnend für die Selbstgefälligkeit, mit der man Aktienpakete zusammenhäuft und Aufsichtsratsposten häufter. Der Auffassung, daß die Industrie für ihre Politik während der Inflation besondere Lorbeeren verdient, muß jedoch ganz entschieden entgegengetreten werden.

Tatsache ist, daß die Industrie die Inflation lange Zeit gewollt und gefördert und in entscheidenden Momenten ihrer Bekämpfung sich widersetzt hat. Erst als die Arbeiterschaft durch die mit dem Höhepunkt der Geldentwertung herannahende Wirtschaftskrise so vollständig gerädert war, daß sie den Diktatgeleiten der Unternehmer nicht mehr den notwendigen tatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen konnte, fand man sich damit ab, daß der Ausbeutung der Arbeiterschaft und des Mittelstandes ein Ende gemacht werden mußte. Wenn es überhaupt Patriotismus ist, Produktionsmittel und damit das eigene Vermögen zu steigern, so ist dieser Patriotismus jedenfalls recht billig. Von den Massen, die mehr arbeiten und weniger verdienen sollen, vom Mittelstand, der von der reichgewordenen Industrie seine gegen Obligationen hergegebenen Goldarbeiten in lächerlich entwerteter Papiermarkt zurückerhält, verlangten und verlangen die Industriekapitalisten jedenfalls eine andere Art von Patriotismus.

Nicht nur dem Kapitalisten, sondern auch dem Sozialisten, der die Wirtschaftsvorgänge unvoreingenommen verfolgt und daher anerkennt, daß der einzelne Kapitalist innerhalb des gegenwärtigen Systems nicht aus der Reihe tanzen kann, ohne Schäden zu erleiden, würde die Konzernnebewegung der letzten Zeit manche ehrliche Bewunderung abfordern unter der einzigen Voraussetzung, daß sie eben nicht in der größten Form auf Kosten der Allgemeinheit erfolgt wäre. Man stelle sich einmal vor, daß ein Sinnes-, Otto-Wolff, W.G. Konzern und wie die großen Gruppen alle heißen, sich in einer Zeit festen Geldwertes so umgestaltet und erweitert hätten, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Das wäre ein Stück kapitalistischer Entwicklung gewesen, in der der einzelne Wirtschaftsführer zeigen mußte, was er konnte. Es wäre nicht in dem Maße, wie es mit Hilfe der billigen und fast ohne Geld zurückgekauften Reichsbankkredite geschehen ist, zu einem vorzüglichen Raubzug auf die Verbraucher gekommen. So aber das händlerische Erraffen von Sachwerten mit Geld, das die anderen aufbringen, zu feiern, wie es gestern geschehen ist, dazu gehört ein hohes Maß von Unwahrhaftigkeit, aber — und wir möchten annehmen, daß das letztere vorgelegen hat — ein großer Mangel an Selbsterkenntnis. Die Vereinigten Unternehmerverbände, die über gewaltige wissenschaftliche und finanzielle Hilfsmittel verfügen, sollten einmal diese Frage unbefangenen Untersuchungen stellen. Das Ergebnis einer derartigen unparteiischen Untersuchung wäre ihnen jedenfalls Anlaß zu graufamer Ernüchterung.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,25	Malzkeftee, gepackt ..	23,00—25,00
Gerstengrütze, lose ..	16,00—17,00	Röstgetreide, lose ..	16,00—18,00
Halterhocken, lose ..	15,75—16,00	Kakao, festarm ..	100,00—125,00
Haltergrütze, lose ..	16,00—16,50	Kakao, leicht entölt ..	130,00—150,00
Roggenmehl 0/1 ..	12,75—14,00	Tee, Souchon, gepackt ..	300,00—420,00
Weizenmehl ..	15,00—18,00	Tee, indischer, gepackt ..	420,00—500,00
Hartweizen ..	22,00—25,50	Inlandszucker basis mel ..	40,00—42,00
Malzkeftee ..	—	Inlandszucker Raffinade ..	42,50—44,50
70% Weizenmehl ..	14,50—16,00	Zucker Würfel ..	46,00—48,00
Weizen-Anzugmehl ..	17,00—21,00	Kunsthonig ..	36,00—40,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	19,00—22,75	Zuckerrüben hell in Eim ..	49,00
Speiseerbsen, kleine ..	14,00—17,00	Speiseerbsen dunk. in Eim ..	33,00—35,00
Bohnen, weiße, 1er ..	20,25—24,00	Marmelade Eintr. Erdb. ..	105,00—120,00
Langbohnen, handverles. ..	20,00—22,50	Marmelade Vierfrucht ..	40,00—45,00
Linsen, kleine ..	26,00—35,00	Phosphormus in Eimern ..	45,00—48,00
Linsen, mittel ..	26,50—42,00	Speisalz, lose ..	3,50—3,70
Linsen, große ..	43,00—49,50	Süßholzwurzel ..	4,50—4,60
Kartoffelmehl ..	16,00—18,00	Bratenschmalz in Tiercet ..	65,00
Makkaroni ..	40,00—45,00	Bratenschmalz in Kübeln ..	67,00—69,50
Makkaronimehl ..	37,00—38,50	Pureelard in Tiercet ..	67,00
Schnittmehl ..	21,00—25,00	Pureelard in Kisten ..	65,00—68,50
Bruchreis ..	15,25—17,50	Speiserial in Packung ..	46,00—50,00
Tandoo Reis ..	17,00—19,50	Speiserial in Kübeln ..	46,00—48,00
Tasereis, glasiert, Fatna ..	27,00—31,00	Margarine, Handelsm. I ..	56,00
Tasereis, amerik. ..	100,00—105,00	desgl. II ..	48,00—52,00
Geir Pflanzenöl 10/100 ..	42,00—45,00	Margarine, Spezialm. I ..	70,00
Pflanzenöl, entleert ..	55,00—60,00	desgl. II ..	60,00—65,00
Cal. Pflanzenöl ..	80,00—85,00	Molkereibutter I. Fassern ..	180,00—185,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	75,00—78,00	Molkereibutter in Pack. ..	185,00—190,00
Sesamöl in Carabum ..	85,00—90,00	Landbutter in Fassern ..	125,00
Koriander, choice ..	80,00—85,00	Landbutter in Packungen ..	160,00
Mandel, süße Bari ..	115,00—120,00	Auslandbutter in Fassern ..	130,00—135,00
Mandel, bittere Bari ..	125,00—130,00	Auslandbutter in Pack. ..	135,00—140,00
Zimt (Cassia) ..	110,00—120,00	Corned beef 12½ lbs p. K. ..	35,00—36,00
Kümmel, holländischer ..	155,00—165,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00—67,00
Schwarzer Pfeffer singap. ..	105,00—111,00	Quadratkäse ..	30,00—40,00
Weißer Pfeffer ..	135,00—145,00	Quarkkäse ..	25,00—30,00
Robkaffee Brasil ..	190,00—215,00	Tilster Käse, vollfett ..	120,00—125,00
Robkaffee Zentralamerika ..	240,00—260,00	Anal. ungew. Condens. ..	22,50—25,00
Röstkaffee Brasil ..	240,00—260,00	misch 4/16 ..	18,00—19,00
postkaffee Zentralam. ..	320,00—400,00	Inländische desgl. 4/12 ..	18,00—19,00
		Int. ger. Condensm. 18/14 ..	28,00—29,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Das Fünfminutenauto.

Es handelt sich hier nicht um die berühmten Fünfminutenbrenner, sondern um ein Automobil, das nicht länger als fünf Minuten pro Tag fährt. Ihre Entstehung verdankt diese eigenartige Erfindung der Erweiserischen gewisser Automobilbesitzer. In Nr. 12 der „Allgemeinen Automobilzeitung“ zieht ein Freiherr v. Löw ganz kürzerlich gegen die Automobilsteuer zu Felde. Natürlich ist auch diese Steuer nur eine Folge der dreimal verfluchten Sudenrepublik, ihre Entstehung malt sich das freiherrliche Gehirn folgendermaßen aus:

Seit der Revolution herrscht in Deutschland die Politik der Strafe. Radikalste Kaufbolde ziehen zusammen mit Faulenzern vor die Rathhäuser, Regierungen und zwingen durch Drohungen die Beamten dazu, Verordnungen und Gesetze zu erlassen, die nichts anderes sind, als ein Vernichten (!) der letzten Güter usw. usw.

Zuher dem edlen Freiherrn ist wohl niemandem in ganz Deutschland bekannt, daß bei Schaffung — Freiherr v. Löw würde sagen „bei Schaffen“ — der Automobilsteuer solche Dinge vorgefallen sind, mit denen Herr v. Löw seinen Lesern das Grinsen beibringen möchte. Aber die Sachlichkeit des Freiherrn v. Löw wird noch viel phänomenaler, wenn er im weiteren Verlauf seines Artikels nachzuweisen sucht, daß die Automobilsteuer zwanzigmal soviel betrage als die Kosten des normalen Brennstoffverbrauches. Um dies verblüffende Resultat zu erreichen, setzt der schlaue Freiherr die durchschnittliche Wochenleistung eines Autos mit — 20 (zwanzig) Kilometern an. Das ergibt pro Tag die ungeheure Leistung von — sage und schreibe — noch nicht drei Kilometern, eine Strecke, die ein normaler Fußgänger in einer halben Stunde, ein Auto in drei bis fünf Minuten zurücklegt. Für den Freiherrn v. Löw ist ein Automobilbesitzer also ein Mann, der sich ein Auto anschafft, um ganze drei bis fünf Minuten am Tage darin zu fahren, den Chauffeur dafür den ganzen Tag zu bezahlen, während er ihn und das Auto 23 Stunden und 55 Minuten am Tage unbenutzt stehen läßt. Bei so „rationeller“ Ausnutzung einer Maschine muß allerdings der Brennstoffverbrauch weit hinter der Steuer zurückbleiben. Aber warum legt Herr v. Löw seinem Vergleich nicht noch viel wirksamer ein Auto zugrunde, das überhaupt nicht fährt!

Hebrigens: drei Kilometer täglich, das ist eine Strecke, die selbst gebrechliche Leute und Krüppel zu Fuß leisten. Rechnet Herr v. Löw, der so brühend über die „Faulenzern“ schnipft, womit er wahrscheinlich die Arbeitlosen meint, etwa die von ihm vertretenen Leute zu den Fleißigen, die sich spritzeln ein Auto zulegen, nur um ganze drei Kilometer am Tag nicht zu Fuß gehen zu müssen? C. A. r.

Die fünfte nordische Messe, die vom 23. bis 26. März in Kiel abgehalten wurde, war außerordentlich stark besucht. Die Zahl der Aussteller stieg von annähernd 800 im Herbst des vorigen Jahres auf rund 1600. Während die ersten Kieler Messen als vorwiegend schleswig-holsteinisch bezeichnet werden konnten, waren diesmal nur 12 Proz. der ausstellenden Firmen in Groß-Kiel und 15 Proz. in Hamburg anständig. Alle übrigen verteilten sich auf Groß-Berlin, das sehr stark vertreten war, Mittel-, Süd- und Westdeutschland, einschließlich des besetzten Gebiets. Die Einkäufer kamen vorwiegend aus Norddeutschland, aber auch das übrige Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen waren stark vertreten, und Vertreter aus einer ganzen Reihe überseeischer Länder waren erschienen. Während in den ersten Messetagen wenig Geschäfte zum Abschluß kamen, wurde in den letzten Tagen, mit Ausnahme der Textilmesse, durchweg gut gekauft, da die Aussteller sich in der Regel entschlossen hatten die Zahlungen für sechs Wochen zu runden. Vorwiegend fanden, was wieder mit der Geldknappheit zusammenhängt, in allen Branchen Artikel des täglichen Bedarfs Absatz, die für einen raschen Umsatz in Frage kommen.

Rückgang in der Weltwoolproduktion. Nach den vom amerikanischen Handelsdepartement veröffentlichten Ziffern ist die Weltwoolproduktion in 1923 um 66 Mill. Pfund zurückgegangen, und zwar deswegen, weil die australische Schur 130 Mill. Pfund geringer war als in 1922. Die Gesamtproduktion betrug 2 604 911 000 Pfund, von denen auf die einzelnen Gebiete folgende Mengen entfielen: Nordamerika 282 429 000, Südamerika 434 823 000, Mittelamerika und Westindien 750 000, Islandlandwolle 8 200 000, Australien und Neuseeland 670 000 000, Afrika 247 265 000, Europa außer Rußland 546 124 000, Rußland 150 000 000, Asien 250 320 000.

SUNNLICHT

SEIFE

hält die Wäsche frisch und unversehrt und macht sie blendend rein

HERREN-KLEIDER-FABRIK

Verkauf an Private zu Engros-Preisen.
Wir bieten Ihnen ganz kolossale Vorteile. Unsere Verarbeitung ist vollwertiger

Ersatz für Mass! * Die Auswahl ist riesengross

in

Herren-Anzügen, Burschen-Anzügen, Gabardine-Mänteln Covercoat-Paletots, Gummi-Mänteln, Hosen, Sport-Anzügen

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Zahlungserleichterung gewähren wir.

Verkauf: Wochentags von 3 bis 7 Uhr. — Sonntags von 1 bis 5 Uhr.

Jakobowicz & Levy G. m. b. H. Berlin C. 2

Neue Friedrichstraße 65^{II}, An der Spandauer Brücke

Theater Lichtspiele
Staats-Theater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Tieland
 Opernhaus
 am Königplatz
 7 1/2 D. Piedermaus
 Schauspielhaus
 7 1/2 U.: Viel Lärm
 um nichts
 Schiller-Theater
 7 1/2 Uhr: Faust I.
 Deutsch-Theater
 8 Uhr:
 Vom andern Ufer
 Kammerstücke
 8 Uhr:
 Unsere kleine
 Frau
 Gr. Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr:
Boccaccio
 Theater i. d.
 Köpenicker Str.
 8 Uhr: Wenn der
 neue Wein blüht
 Komödienhaus
 8 U.: Zwei um eine
 Berliner Theater
 7.30 U.: Das Weib
 im Purpur
 Theater am
 Nollendorfpplatz
 7.30: Die
 Perlen d. Cleopatra
 Th. im Admiralspalast
 Abends 7 1/2 U.:
 Dreier und drüber
 Die Weltensand:
 D. Wund. d. Schatten
 Stg. 7 1/2 U. d. M. Pr.
 Ein Walzertraum
 Deutsch-Opernhaus
 7 1/2 U.: Der Mantel
 Hierant:
 Cavalleria rusticana
 Intimes Theater
 8: Cröpe Georgette
 Hotelabenteuer
 Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Karneval
 der Liebe
 von Walt. Bromme
 Ten. Lux. T. H. H. H.
 Die Frau, Frau G. G.
 T. H. H. H. H. H. H.
 Neues Theat. a. Zoo
 7 1/2 Uhr:
 LILLY FLOHR in
 Meine Tochter Otto
 Thalia-Theater
 7 1/2 U.: Frasquita
 Martha Serak
 Albin v. Rittersheim
 Theater i. d. Bonndorferstr.
 7 1/2 U.: Das Radiomädel
 Operette v. P. Weier
 Gg. F. G. G. G. G. G.
 Wallner-Theater
 7 1/2 U.:
 Mad. Pharaon
 Lustspielhaus
 8: Traumtheater
 Traumstück
 Kleines Theater
 Tägl. 4 Uhr:
 Die Gegenkandidaten
 Komödie v. L. Földi
 Trianon-Theater
 Tägl. 8 Uhr:
 Die nackte Tänzerin
 Lustsp. v. R. Lothar
 Residenz-Theat.
 Tägl. 8 Uhr:
 Die junge Welt
 Komödie v. Wedekind
 Rosa-Theater
 7 1/2 Uhr:
 Robert und Bertram
 Komische Oper
 Abends 7 1/2
 Nur noch 4 Tage
 Die größte Revue
 des Kontinents:
 Die Welt
 ohne
 Schleier
 Folies Caprice
 8 Uhr:
 Die Seine einer
 schönen Frau
 Zwischen 12 u. 1
 Casino-Theater
 Lothringer Str. 37.
 Billige Theater
 Volksstück. Preise
 von 50 Pf. bis 1.20 M.
 Tägl. 8 Uhr:
 Die Welt ohne
 Schleier
 Walhalla
 Theater
 Weinbergsweg
 15 Wett-
 attraktionen
 Täglich 8 Uhr:
 ein
 ausgezeichnetes
VARIÉTÉ-
 Programm!
 Sonntag & 30 zu
 halb Preisen das
 volle Programm

Große Volksoper im Theater des Westens
 7 Uhr: **Siegfried**
 Täglich: **Kammer-Oper** Lützow
 8 Uhr: str. 112
 Regie: Dr. Georg Döhrer — Mus. Leit.: Dr. Ludwig M. H.
Täglich wechselnder Spielplan!
Luisen-Theater
 Reichenberger Straße 34.
 Ab 1. April 1924 tägl. 7 1/2 Uhr
 Sonntag 3 Uhr nachmittags
Die Original-
Elite-Sänger
 Horst, Russell, Grünig, Schubert,
 Rieß, Panther und Bobby Walden
 in ihrem neuen vollständigen Programm
Neues Operetten-Th.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Guido Thielscher
verlagte Nacht
 Schwanke L. B. H. v. Franz Arnold u. Ernst Bach,
 Eine Hölle — Cairo Nummer — Silky Soliman
 Camilla Opra — Tony Tetzini — Heinrich
 Marlow — Leo Pascher — Berthold Becking

Thalia-Theater
 Fernspr. Mpt. 4440, 2718
 Dresdener Str. 72/73, Untergrund-
 Inselbrücke (Ausg. Neue Robstr.)
 Täglich 7 1/2 U.
„Frasquita“
 Operette von Franz Lehár
 Albin von Rittersheim u. G.
 Rudap. Staatsop. Martha Serak u. O.
 Vorverk. ab 10 Uhr ununterbr.
6 BIS 12 APRIL
AUSKUNFT MESSIAH PLANETARIUM
FIM
 Vertreter für Groß-Berlin:
 Kurt Battsek, Berlin W 8, Charlottenstr. 56
 Telegr.-Adresse: Hakafrank

Nur noch kurze Zeit
 (bis 1. April)
Claire Waldoff
 Warum soll er nicht mit ihr vor der Tür sein?
 „Ohr“ Geiss doch doch kein Freund man sich.
 Warum stehst du denn immer auf die Beine.
 Was hast du bei den Bräutigam von der Braut!
im Metropol-Variété
 das großartige März-Programm
 — Kleine Preise —
 Der Erfolg, täglich ausverkauft Häuser!
 Beginn 8 Uhr

BEGA
SEIFENPULVER
 Bei Anwendung
 von **Bega**
 Seifenpulver
 sind Ihre Wäsche
50 mal
 sauberer!
Garantiert
 ohne Chlor.
28 Prozent Fettgehalt
 Verlangen Sie nur Bega, wo nicht erhältlich erfrage
 man Bezugsquellen beim
BEGA-VERTRIEB Berlin S. 14
 Merkur 5191 Alte Jakobstraße 93 Merkur 5191

Central-Theater
 Direktion: Karl Heinz Wolff
 Alte Jakobstr. 33-32 (alte Spinnerei)
 Täglich 8 Uhr
Der dumme August
 Musik von Rud. Gfallner
Apollo-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteuerin
 Stolzenberg Mesterberg,
 Grete Sellin, Sabo, Hirsch (vom
 Staatstheater), Kistenmacher
 Sonntag nachm. 3 Uhr **Johannisfeuer**

Schokolade.
 Die berühmte und beliebte Marke
Dennoch
 wieder eingetroffen.
 Schokoladen-
 Gerson Wechselmann, Geschäftsbauung
 Berlin W. S. S. S. S. S.
 Fernsprecher: Kollnsee 876 und 878.

Kapitän-Kaufabak
 unerreicht im Wohlgeschmack. Nur echt
 mit Firmenzeitel! In den meisten Ge-
 schäften käuflich! Für Wiederverkäufer
 durch C. Röcker, Berlin, Lichtenberg, 23 (Tel. 3861)

Lesing - Th.
 Heute bis Montag
 7 1/2 Uhr
Xolportage
Deut. Künstler-Th.
 Abends 7 1/2:
Señora
WINDGARTEN
 Variété-Spielplan
 Rauchen gestattet!
Reichshallen-Theater
 Täglich 8 Uhr,
 Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner
Sänger
 Kompositionen in Höhe
Dönhoff-Brettel
 Anfang 8 Uhr
 Jeden L. u. 16. neues
 Programm!

Theater am
Kottbuser Tor
 Tägl. 7 1/2 u. Sonnt.
 tag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
 L. neuer Besetzung
 Der Bombenerfolg
 im neuen Programm mit
Otto Reutter

Dezimalwagen
 Tafelwagen, Gewicht,
 Billigste Preise. Erste Lage
 Georg Wagner
 Köpenicker Str. 71
 Tel. Lützow 1011

Krause-
Pianos
 zur
Miete
 Ansbacher Str. 1,
 1. u. 2. Etage
Hecht Fabrikanten
 Zigarren, Zigaretten,
 Tabak billig
 Lindenstr. 81

Beste Spez-Fabrik
Bettwäsche
 Diese Woche:
Ausehenerregende Angebote!!
 Nehmen Sie die Gelegenheit wahr!
 Sie verdienen hierdurch enormes Geld!
 Bettbezüge aus gutem Linsen, 180x200 7.25
 Kissenbezüge aus gutem Linsen, 60x50 2.50
 Bettdecken aus prima Dowina, 150x225 5.50
 Jacquard-Handtuch aus gutem Halbleinwand, 40x100 **95 Pf.**
 Gerstenkornhandtuch kräft., u. rot. Kante, 45x100 **50 Pf.**
 Uberschlaglagen prima Linsen mit Holzkamm 9.50
 Paradekissen dazu passend 2.75
 Damenhemd } guter Stoff, reiche Stickerei } **2.00**
 Beinkleid } Garzierung } **2.00**
 2 teilige Geraltur Hemd u. Beinkleid prima
 Badier mit Handhohlsaum, herrliche Ausführung **17.50**
 Hemdbeinkleider feinsten Opal mit Handhohlsaum **8.50**
 Prinzentrübe mit breitem Stickerei-Volant **5.50**
 Untertalile mit breitem Stickerei-Ansatz **1.25**
 Paradekissen mit Klappel-Einsatz u. Fältchen **2.75**
 Riesige Ausw. in Gardendecken u. Kuchelbedendecken
Frottierwäsche!
 Tafelgedecke in Halb- u. Reib. 26-24 Fern. in allerfeinst. Qual.
 Kaffeetische u. Gedecke in entzückenden Ausführungen
 Frottierhandtücher, Badetücher u. Bademäntel sehr preiswert
 Daunendecken u. Stoppdecken **fabrikant billig!**
 Große Auswahl! Fachmännische, zuverlässige Bedienung!
 Hotels, Anstalten usw. Extra-Rabatt!
 Mengenabgabe vorbehalten.
Stumpe Jäger
 Kottbuser Damm 73 - Landsberger Str. 28 / Dresdener Str. 28
 (Nähhermannpl.) (9 Min. v. Alexanderpl.) (Nähhermannstr.)
 Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Straße 37
 (3. Haus von der Bismarckstrasse).
 Geöffnet von 9-5.

Henkel's
Scheuerpulver
Ata
 putzt, reinigt alles!
 Überall zu haben

Garderobe
 auf Teilzahlung bei bequemer An- und Abzahlung
 für **Herren** Anzüge, Cutaways, Tailormäntel, Hosen, Regenmäntel, Barschen-Anzüge
 für **Damen** Kostüme, Kleider, Röcke, Mäntel, Seidenjumper
 Bei genügender Legitimation kann die Ware gleich mitgenommen werden.
Heinrich Georg
 Andreasstrasse 28, 1. Etage.
 Große Auswahl

Garderobe
Teilzahlung
 bei kleinster An- und Abzahlung
Herren Anzüge, Mäntel, Paletots, Smoking, Cutaways, Hosen, Knaben-Anzüge, Regenmäntel
Damen Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke, Strickjacken und -Westen, Jumper, Regenmäntel
 Sehr billige Preise
 Käufer erhält sofort die Garderobe ausgehändigt!
Gebr. Kassner
 Bülowstr. 6 am Nollendorfpplatz

Spezial-Angebote!
Herren-Kleidung
 Sakko - Anzüge einreihig, Form aus ge- musterten Stoffen 56.00 **29.00**
 Sport - Paletots Covercoat, die grosse Mode . . . 76.00, 65.00 **49.00**
 Sakko - Anzüge einreihig, Form aus guten gemustert. Stoffen 56.00 **43.00**
 Moderne Mäntel d. enganliegend. lg. Form mit Gurt . 60.00, 59.00 **49.00**
 Sakko - Anzüge ein- u. zweireihig, Form, in hellen u. dunklen, sehr gut. Qual., feine Stoffmuster. 60.00 **59.00**
 Lange Mäntel Covercoat u. e. Modest. f. Verarbgt., 95.00, 85.00 **76.00**
 Sakko - Anzüge erprobte Qualitäten, mod. Form u. Ausmusterung. Als Ersatz f. Maßstrag. 106.00, 95.00 **76.00**
 Herren-Hosen schöne Straßen, vorsügl. Sitz mit Gesäßtasche 12.00, 9.00, 7.00, 6.00 **4.50**
 Sport-Anzüge Dauerwertige Qualität, schön gemusterte, haltbare Stoffe 9.50, 8.50 **7.90**
 Sport-Breeches schön gemusterte, haltbare Stoffe 9.50, 8.50 **7.90**
 Besonders preiswert!
Gummimäntel f. Herr., haltb. Qual., genäht, geklebt, mod. weite P. **19.00**
 Besonders preiswert!
„Continental“ Stoff-Gummimäntel, zweireihig, moderne Form **39.00**

Manchester-Kleidung
 Herren-Anzug mit Breeches, moderne Sportform, ganz gefittet 43.00
 Knaben - Anzug äußerst preis- 15.00 (jed. Gr. wert. Größe 5-10) 1.00 mehr
 Herren - Hosen Breeches, verschiedene Farben, mit Doppelgesäß 13.50
 Knaben - Hosen glatt, Größe 1-6 **4.50**
Knaben-Kleidung
 Anzüge gute Stoffe schöne Formen 12.00, 10.00 **7.00**
 Leibchen - Hosen Größen 1-6, Ausnahme- preis **1.95**
 Anzüge Sport- u. Jacken- Formen in bester Ausführung 32.00, 24.00 **18.00**
 Kniehosen Größen 7-12, haltb. Stoffe, Ausnahmepreis **2.75**
 Besonders preiswert!
Wind-Jacken aus imprägn. Stoffen in verschiedenen Formen und Farben **13.50**
 Besonders preiswert!
Sport-Westen für Herren, in schönen Farben **5.25**

Herren-Artikel
 Oberhemd mit Kragen, moderne Stoffen 5.90
 Strickbinder geschmackvolle Muster 0.40
 Oberhemd mit Brust, weich u. 1 stiel. Kragen 7.90
 Selbstbinder moderne Stoffen **1.75**
 Sporthemd mit Kragen in schön. Farben 5.90
 Hosenträger Gummigürtel **0.95**
 Einsatz-Hemd moderne Muster **2.75**
 Herr.-Socken schöne Modalarben **0.65**
 Mako-Hemden moderne Muster **2.50**
 Herr.-Hüte mod. breitend. Form **3.90**
Schulze Co.
 Hauptstr. 10 Schönhaug Brückenstr. 11 Edele Raugestirn Die Frankfurterstr. Edele Raugestirn
Fabisch Co.
 Rosenhaler-Str. 3, Ecke Lindenstr.

Teilzahlung
 bei kleinster Anzahlung
Möbel + Teppiche
 in gediegener Qualität
Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
Küchen
 Klubgarnituren
 Einzeilmöbel
 Brücken, Läufer, Linoleum - Läufer und -Teppiche
Gardinen
 Halbstores
 Bettdecken
 Diwanddecken
 Steppdecken
 Vertige Betten
 Meine Preise sind so billig und die Anzahlung so klein, dass jeder kaufen kann
BEISER
 Lothringer Strasse 67

Eine niederträchtige Wahllüge.

Die Rechtsparteien frischen die alten Parolen von den „vaterlandslosen Gesellen“, vom „inneren Feind“ wieder auf, und suchen sie wie einst mit Wahllügen zu stützen. Sie benutzen dazu eine „Entdeckung“ des Senatspräsidenten a. D. Robert Schmölder in Kassel. Er hat nämlich entdeckt, daß der „Milwaukee-Leader“ und der „Milwaukee-Herald“ vom 22. September und 13. Oktober 1923 über den Weltkrieg der Sozialdemokratie in Hamburg berichtet haben. Angeblich gestützt auf diese amerikanischen Berichte, weiß Herr Schmölder ein „bedeutungsvolles Vorkommnis“ zu erzählen. Nach dieser Erzählung soll der amerikanische Arbeiterführer und Kongressrepräsentant Viktor L. Berger den Standpunkt vertreten haben, der Schuldbanteil der alten deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges erweise, verglichen mit der Schuld der anderen Mächte, als eine Quantität neglignable (von untergeordneter Bedeutung.) Nach den Veröffentlichungen der Sowjetregierung sei es eine Nichtswürdigkeit, wenn man an der Behauptung von der Allenschuld Deutschlands festhalte. Ja, Berger habe sogar das deutsche Volk von der ihm von seinen Gegnern zubilligten Strafe von Reparationsverpflichtungen ohne Grenzen und ohne Ende, d. h. von einer dauernden Sklavenarbeit und dem dauernden Verzicht auf Lebensfreuden und die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse befreien wollen und beantragt:

„Die Reparationsverpflichtungen sind unter die am Kriege beteiligten gewesenen Nationen zu verteilen im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl und ökonomischen Stärke oder im Verhältnis der von ihnen verwandten Soldaten und Kanonen.“

Dieser Antrag habe bei keinem unserer Gegner einen ernststen Widerstand erfahren. Dagegen habe aber die Erklärung der Deutschen gelautet:

„Ein solcher Antrag würde auch der deutschen Sozialdemokratischen Partei schädlich sein. Die Partei hat die Schuld am Krieg und die Pflicht, Reparationen zu leisten, im Prinzip angenommen.“

Nach dieser Erklärung der Vertretung der deutschen Sozialdemokratie habe der amerikanische Delegierte seinen Antrag fallen gelassen und auch kein anderer habe sich veranlaßt gesehen, ihn wieder aufzunehmen.

Diese Darstellung ist von A bis Z falsch. Um diese Wahllüge zu zerstreuen, geben wir folgende Feststellungen wieder:

Der internationale Sozialistenkongress hat im Mai 1923 (Pfingstwoche), in Hamburg in aller Öffentlichkeit getagt. Die ganze sozialdemokratische Presse hat über den Verlauf dieser Tagung sehr ausführlich berichtet. In keinem dieser Berichte ist des Zwischenfalles mit dem amerikanischen Delegierten V. L. Berger auch nur mit einem Worte gedacht. Wie sich deutsche Sozialdemokraten zur Kriegsschuldfrage auf diesem Kongress tatsächlich geäußert haben, dafür sei auf die Tatsache hingewiesen, daß Bürgermeister Stolten, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der den Kongress im Namen der Hamburgischen Regierung begrüßte, in seiner Begrüßungsansprache wörtlich ausgeführt hat:

„Auf diesem internationalen Kongress muß ausgesprochen werden, daß das deutsche Volk nicht mehr Schuld am Kriege hat als die anderen Völker auch. Es ist nicht nur Wahnsinn, sondern auch ungerecht, wenn man das deutsche Volk zwingen will, neben seinen eigenen Lasten auch noch die Lasten der anderen zu tragen. Soweit wir zur Wiedergutmachung imstande sind, sind wir bereit dazu, aber zu Leistungen über unser eigenes Können hinaus sind wir nicht verpflichtet. In Deutschland muß man zurzeit den Eindruck haben, als ob das Weltgewissen vollständig eingeschlafen sei. Während sich die ganze Welt über die Greuel amongo und in Peru nicht genug hat aufregen können, entrückt sich heute draußen über die Greuel, die gegen

Deutschland verübt worden sind und heute noch werden, kaum ein Mensch.“

Im gleichen Sinne haben sich, und zwar sehr deutlich, der deutsche Sozialdemokrat Otto Wels und der Deutschösterreichische Genosse Dr. Otto Bauer ausgesprochen.

Welche Stellung der Hamburger Kongress zur Deutschen Republik eingenommen hat, geht aus der ersten einstimmig angenommenen Entschlieung hervor, in der es wörtlich heißt:

„Der Kongress verpflichtet die Arbeiterparteien der anderen Länder, insbesondere Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Polens und der Tschecho-Slowakei, der deutschen Arbeiterklasse in diesem schweren Kampfe (gegen die internationale Reaktion) beizustehen, indem sie gegen den französischen Militarismus die Souveränität der deutschen Republik und die Integrität ihres Besitzes, die Würde des deutschen Volkes und die Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft einmütig verteidigen sollen.“



„Patentlösung! Marx totschießen, dann ist der Marxismus erledigt!“

In einer zweiten, ebenfalls einstimmig angenommenen Entschlieung fordert der Hamburger Kongress:

- 1. Die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch geschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwärtswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.
2. Die Festsetzung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen so bald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.
3. Den Abschluß von Übereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das steht seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika voraus.

Den Hitlerischen Größenwahn haben denn auch schließlich einige der Beteiligten erkannt. Man muß Leute wie Lössow und Seißer hören, die doch längere Zeit mit Hitler im Verkehr standen und infolgedessen sich ein Urteil bilden konnten, und wird begreifen, daß diese Leute bis ins innerste Herz erschreckt in zwölfter Stunde sich doch noch von Hitler abgewandt haben. Ganz richtig urteilt Seißer: „Der Größenwahn der Leute um Hitler wuchs ins Ungemessene. Hitler, der Mann mit der glänzenden Rednergabe, ist meiner Ansicht nach dem Befehl der Menge erlegen. Aus dem einfachen „Trommler“ wurde der Mann, der sich anmaßte, die Geschichte des Volkes leiten zu wollen.“

Und ebenso zutreffend urteilt Lössow: „Die suggestiv Bedenklichkeit Hitlers machte auf mich anfangs Eindruck. In vielem hätte er zweifellos recht. Je öfter ich ihn aber hörte, desto mehr schwächte sich der Eindruck seiner Persönlichkeit ab. Wie für die altwaischen Verbände, so galt auch für Hitler das bekannte Wort: „Und der König absolut.“ Tat man Hitler seinen Willen, so war alles gut. Konnte man das nicht, so war man eben unten durch. Seit dem „Deutschen Tag“ in Nürnberg schien in den militärischen Kampfverbänden der Sinn für das Mögliche ganz verlorengegangen zu sein. Hitler, der vorher bei seinen Unterredungen nichts für sich selbst verlangt hatte, war jetzt nicht mehr der selbstlose Mann, für den er sich anfangs ausgegeben hatte. Hitler hielt sich für den deutschen Gambetta, und seine Umgebung, die das Erbe von Süß-Bryanz angeerbt, hielt ihn für den deutschen Messias.“

Und dieser krankhafte psychopathisch veranlagte Mann fühlte sich berufen, das Wort Hamlets auf sich anzuwenden: „Die Zeit ist aus den Gelenken, weh mir, daß ich berufen ward, sie wieder einzusetzen.“ Dieser Psychopath konnte seit Jahr und Tag in Bayern eine Rolle spielen, konnte mit Menschen wie mit Schachfiguren operieren, konnte die ganze bayerische Politik wie an einem Schnürchen dirigieren, durfte mit Ministern und den höchsten Staatsbeamten verhandeln wie eine gleichberechtigte Macht mit der anderen. Und keiner von den Tausenden, die den deutschen Messias täglich umjubelten, die ihn agieren und operieren sahen mit der ganzen Würde, ungeschügelter Art seines Auftretens und seiner Pläne, kam auf den Gedanken: Hier decouviert sich ein Psychopath in seiner ganzen unglücklich belästigten geistigen Böhde? Ein Don Quixote will die Welt umformen nach den Ausgebirten seines Hirns. Die urteilslose blöde Menge aber umjubelte den „Deutschen Messias“, während die eigentlichen Drahtzieher still im Hintergrunde blieben und die von Hitler ausgehenden Massenpsychosen auszunutzen suchten für ihre dunklen reaktionären monarchistischen Pläne. Die „Schlesische Zeitung“ veründet ihren Lesern, daß dort in

- a) Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;
b) allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die Antworten Frankreichs und Belgiens einerseits, Englands und Italiens andererseits, müssen Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bieten, die zu einem Übereinkommen führen. Der Kongress brandmarkt vor der Arbeiterklasse von vornherein jede Regierung, deren Halskarrigkeit die Einleitung von Verhandlungen vereiteln würde.

Und weiter heißt es in dieser Entschlieung, die sich u. a. scharf gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets wendet deutlich:

„Der Kongress erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebiets das höchste Recht der Völker verletzt, das Recht im Frieden zu leben und zu arbeiten, geschätzt von jeder fremden Vergewaltigung. Kein Vertrag kann diesen unbegrenzten Mißbrauch der Gewalt zugunsten des Siegers rechtfertigen. Der Kongress wendet sich gegen jede Maßregel, die in offener oder versteckter Form auf eine Annexion deutschen Gebietes oder auf eine Zerstörung der deutschen Einheit hinauslaufen würde. Er protestiert gegen den Mißfall in die Barbarei, die den Gläubigern Staaten erlauben könnte, an Stelle als lebendiges Pfand einige Millionen Arbeiter zu ergreifen.“

Der Kongress verpflichtet die Arbeiter, die sich zu gleicher Zeit dem Druck eines fanatischen Militarismus und der Ausreizung ihres eigenen Rationalismus zu widersehen verstehen, seiner brüderlichen Solidarität. Er begrüßt ihren passiven Widerstand als einen Beweis für die Unentbehrlichkeit der Arbeit, als Zeichen der Macht der organisierten Arbeiterklasse und gerade dadurch als ein Vorzeichen der künftigen Siege des Proletariats.“

Der Standpunkt aber, den der amerikanische Delegierte und Abgeordnete des Repräsentantenhauses Viktor L. Berger auf dem Kongress in Hamburg in der Frage der Kriegsschuld und des Versailler Friedens eingenommen hat, ist von ihm selbst in Nr. 137 des Hamburger Echo (20. Mai 1923) in folgenden Sätzen niedergelegt.

„Kein Volk kann besonders für den Weltkrieg verantwortlich gemacht werden. Keinem Volk dürfen die Kosten dieses Krieges aufgebürdet werden, auch wenn das Volk in dem Kriege unterlegen ist. Es war ein Weltkrieg — ein Weltunheil. Alle zivilisierten Völker müssen darum gemeinsam und in Eintracht versuchen, dem Weltunheil entgegenzutreten. Wir müssen die Zivilisation retten oder vielmehr auf einer gesünderen und gerechteren Grundlage wieder aufbauen. Der sogenannte Frieden von Versailles — der keinen Frieden, sondern eine fortgesetzte Ausraubung und Unterdrückung des deutschen Volkes bedeutet — ist darum ein noch größeres Verbrechen als der Krieg selbst. Deutschland ist heutzutage nicht nur wehrlos, sondern es ist absolut ein Land ohne Grenzen, in das jede wohlwollende Räuberbande nach Belieben eindringen kann. Das sind unheilvolle Zustände, nicht nur für Deutschland, sondern für die Zivilisation der ganzen Welt. Die Erkenntnis dieser Zustände ist von ungeheurer Wichtigkeit für das internationale Proletariat, das ein Kind der modernen Zivilisation ist. Dieser internationale Kongress — der jetzt in Hamburg, also auf deutschem Boden, stattfindet — wird also als ein Festschlag angesehen werden müssen, falls der Kongress nicht Mittel und Wege zu finden trachtet, dem französischen Militarismus und Chauvinismus durch das internationale Proletariat einen Ruck entgegenzusetzen. Der Militarismus — eine große Gefahr für uns in allen Ländern — ist in Frankreich zu einer Weltgefahr ausgewachsen.“

Wer wird es nach diesen Feststellungen noch wagen, das amerikanische Märchen von dem „bedeutungsvollen Vorkommnis“ auf dem Weltkongress der Sozialdemokratie in Hamburg zur Verdächtigung der Vaterlandsliebe der deutschen Sozialdemokratie weiterzuzugähnel!

Der deutsche Messias.

Eine psycho-pathologische Betrachtung.

Von Dr. med. Julius Moses.

Der Hitler-Prozess bietet nicht nur dem Volkstümer einen überaus reichen Stoff für die Beurteilung der Politik unserer Tage; auch der Arzt, insbesondere der Psychiater, findet hier ein reiches und ergiebiges Feld für seine Studien über Psychopathie, Hysterie, Massenpsychosen u. a. m.

Mönkemöller hat einmal das psychologische Verhalten der Psychopathen in folgenden Worten geschildert:

„Neben einer unbegründeten Selbstüberschätzung haben sie das Bewußtsein der Wirklichkeit verloren, so daß bei ihnen eine allgemeine Ungegenwärtigkeit das Feld beherrscht. Sie zeigen Phantastereien zu, und ihr Hang zu triebartigen Handlungen, die übertriebene Werthschätzung des eigenen Ichs drängen sich in alle ihre Willensäußerungen hinein. Unstet und sehrig, sind diese konstitutionell Erregten stets im Gange, lassen sich leicht zu Seitenzügen verleiten, wechseln Besten und Stellung, haben große Pläne, erreichen aber nichts.“

Man messe mit diesem Maßstab den Hitler, und man hat den Psychopathen in Reinkultur. Der Topus eines hin und her lavierenden, an maßlose Selbstüberschätzung leidenden Menschen, an dem man das ganze Wesen des Psychopathen wie in einem Lehrbuch, wie in einem medizinischen Kolleg geradezu studieren kann. Ein Mann, der mit der ganzen hartnäckigen, verbissenen Eigenart des Psychopathen nach wie vor an seine Sendung glaubt.

Hier nur eine kleine Probe: Im Verlauf des Prozesses erklärte Hitler: „Nach dem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ habe ich damals gesagt: „Bis zum Ende der Abrechnung mit den Verbrechen, die Deutschland zugrunde gerichtet haben, übernehme ich die Politik.“ Der Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist bis auf ganz kleine Einzelheiten vollkommen richtig. Hätte ich den Reichskanzlerposten beansprucht, dann hätte ich es auch gesagt. In einer Zeit, in der ein Bremer Hotelier Reichskanzler wird und hier in Bayern zwischen Bierpreisherabsetzung und Butterkonkulation geschwankt wird, lehne ich eine solche Behauptung ab. Lössow behauptet, ich sollte Propagandaminister in der provisorischen Regierung werden. Ich habe keinen Anstoß, beschämender zu sein als Herr von Lössow. Was ich wollte, das war die Abrechnung mit den Novemberverbrechern. Und das wird auch mein Referat sein, wenn nicht jetzt, dann in einer anderen kommenden Zeit.“

Dieses schöne Bekenntnis einer schönen Seele zeigt mit aller Deutlichkeit, aus welcher psychopathischen Quelle die ganze Hitlererei hervorgeflossen ist.

München „die deutsche Seele, die vornehmlich auch aus dem Hitleristen auch zu uns spricht“, vor Gericht steht:

„Der Hitlerprozeß wird gerade deswegen, weil bei den Führern das Herz stärker gesprochen hat, als politische Erwägung, auch auf die Herzen des Volkes stärker wirken als die parteipolitisch abgestempelte Kritik. Die politischen Fehler Ludendorffs und Hitlers werden zurücktreten, der taubereite Welt wird fortleben und die Kraft des nationalen Gedankens strömen.“

Hitler, der deutsche Messias! die deutsche Seele! In der „Warte“, dem wöchentlichen Organ, aus dem gedruckten Laute des Oskopfes, konnten wir lesen:

„Es ist... ein Befehlener. Dieser Hitler ist ein... der gnade Befehlener. Wenn er spricht, steht er an seiner Seite... der große Geist. So müssen... die großen Redner in der Arnie? Sprich: er, führt sich Erwigkeit. Will er... brüt eine Welt zusammen.“

Und an diesen deutschen Wesen und diesem deutschen Messias und an dieser deutschen Seele soll Deutschland genehnt!

Nach dem Zusammenbruch der Räterepublik in München verurteilten namentlich bayerische Psychiater mit einem großen Aufwande von sogenannter Wissenschaftlichkeit den Beweis zu erbringen, daß die Führer in dieser Bewegung — die Landauer, Eisner, Toller u. a. — mehr oder minder „geistig defekte, krankhaft veranlagte Persönlichkeiten“ gewesen seien und so den „revolutionären Unruhen und Umwälzungen gewissermaßen als Infektionsquelle der Massenbewegungen einen psychopathischen Charakter verliehen“. Geheimrat Kraepelin-München führte das Zustandekommen der Revolution auf eine „hysterische Massenpsychose“ zurück, und ein anderer Arzt meinte: „Der Straßburger muß das Recht gegeben werden, gegen psychopathische, antisoziale Verbrecher sofort das Entmündigungsverfahren einzuleiten zu lassen und sie außerdem unter ständige, strenge Polizeiaufsicht zu stellen!“

Wie wäre es, wenn das Volksgericht in München die bayerischen Psychiater zunächst einmal als Sachverständige hören würde? Der Herr Staatsanwalt hat zwar in seiner „Verteidigungsrede“ Hitlers Verdienste um die nationale Sache in Deutschland, insbesondere die Bekämpfung des internationalen Marxismus und des Sozialismus in allen Tonarten laut gepriesen, aber auch er mußte schließlich die „Hamnungslosigkeit“ Hitlers zugestehen, jene „Hamnungslosigkeit“, die ein Charakteristikum des Psychopathen ist! Nicht nur Hitler; die ganze Hitlererei trägt den Stempel des Psychopathischen! Hysterische Massenpsychosen!

Bayerische Psychiater, an die Front!

Die Industrie und Deutschlands Befreiung.

Schlechte Sachwalter der deutschen Interessen.

Wer an der Befreiung Deutschlands arbeitet, muß den Chauvinisten des Auslandes die Bewände aus der Hand schlagen, mit denen sie ihre gegen Deutschland gerichtete imperialistische Politik rechtfertigen vor ihren Wählern. Die Quellen der Stärke der Politik Poincarés sind nicht nur die chauvinistisch-nationalistische Gefinnung eines Teiles des französischen Volkes, sondern auch die Dummheiten deutscher Politik. Soll die wirtschaftliche Vernunft zur Herrschaft gelangen an Stelle der Kriegs- und Hochpsychologie, so muß in Deutschland ein Höchstmaß wirtschaftlicher und politischer Vernunft gezeigt werden.

Es hat vor der Ruhrbesetzung kritische Zeitpunkte gegeben, an denen eine großzügige psychologische Einwirkung zugunsten einer erträglichen Lösung der Reparationsfrage auf das Ausland möglich gewesen wäre. Einer dieser Zeitpunkte deckt sich mit dem Besuche der Reparationskommission in Berlin im Jahre 1921.

Im Herbst 1921 hoffte die Regierung auf Roratorium und ausländische Kredite. Die Situation in der Reparationskommission war nicht ungünstig. Die sogenannte Kredithilfe der Industrie sollte die Grundlage für die Fortführung der Lösungsoeffnung geben. Da gemann Sinnes im Reichsverband der deutschen Industrie eine Mehrheit für sich, die eine Kredithilfe der Industrie an Bedingungen knüpfen wollte, die für Regierung und Staat unerträglich waren. Die ganze verderbliche Bedeutung des Stinnes'schen Eingreifens ergibt sich aus den Ausführungen, die der Reichskanzler Wirth am 22. November 1921 vor den vereinigten Steuer- ausschüssen des Reichstages machte:

„Die Mitglieder der Reparationskommission und ihre Regierungen sind mit außerordentlichem Interesse und mit großen Hoffnungen den Verhandlungen über die Kredit- aktion der Industrie gefolgt. Der Präsident der Re- parationskommission hat weitgehende Vorstellungen über die Notwendigkeit der Aktion erhoben, und die Mitglieder der Reparations- kommission schienen recht enttäuscht, daß die Verhandlungen über die Kredithilfe sich so lange hinzogen. Die Reparationskommission hoffte stark, wenigstens einige befriedigende Anhaltspunkte für einen Erfolg der Kreditaktion mitnehmen zu können. Die Frage der Kredithilfe ist also für das Reparationsproblem von großer Tragweite.“

Die Reichsregierung hat die Kreditaktion von zwei Seiten gefördert, erstens durch die Bereitwilligkeit zugewiesener Bürgschaften, zweitens durch Sondierungen bei Finanzleuten in England und Amerika. Auch in Paris ist entsprechende Fühlung genommen worden. Sie sind mit steigendem Interesse den Verhandlungen inner- halb der deutschen Industriekreise gefolgt. Ich will heute jedes Wort der Polemik vermeiden; wegn aber manche Leute glauben sollten, die Besinnung und Vertiefung der Bedingungen durch die Industriekreise habe die Wichtigkeit der Kreditaktion in der Welt er- leichtert, so werden sie enttäuscht sein. Die Bereit- willigkeit, für Kredite einzutreten, hat gerade bei den Käufern, ins- besondere bei der Reparationskommission eine starke Ver- stimmung durch die Bedingungen der Industrie er- wachen.“

Diese Ausführungen so vorsichtig sie auch gehalten waren, ließen deutlich erkennen, wieviel in diesem Augenblick der Reichsverband der Deutschen Industrie für Deutschland schon verdorben hatte. In einem Augenblick, wo eine für Deutschland günstige psychologische Situation bei der Reparationskommission bestand, hat er diese günstige Situation wieder verdorben.

Er hat auch fernerhin an den entscheidenden Zeitpunkten zum Schaden Deutschlands eingegriffen. Auch man an das Schicksal der Zwangsleihe, an die Tragödie der deutschen Steuergeschichte, an das Schicksal der Stabilisierungsspläne im Jahre 1922 erinnern? Er hat zwischen Genoa und der Ruhrbesetzung, nachdem Poincaré in Sarre-Duc seine Pläne auf die Ruhr verländert hatte, der Politik Poincarés die Bewände geliefert, die diesem gestatteten, vor dem französischen Volke seine Einmarschpläne mit bösem Willen Deutschlands in der Reparationsfrage zu bemänteln. Das Schicksal Deutschlands wäre in schlechten Händen, wenn die in Berlin versammelten Industrieorganisationen darüber bestimmen könnten!

Zersner verläßt die Volkspartei.

Freiherr v. Zersner, M. d. R. und ehemals Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris, ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Sein Austritts schreiben ist be- züglich der Stimmung in einem Teil der Volkspartei. Es heißt in dem Schreiben:

„Nur nach schwersten inneren Kämpfen ist es mir bisher mög- lich gewesen, die Politik des Parteiführers Herrn Stresemann mitzumachen. Seine Haltung bei den letzten Kabinettskrisen, sein ständiges Hinneigen nach links, hat das meiner Ansicht nach unbedingt notwendige Zusammengehen mit der Rechten und die Bildung des Bürgerblocks verhindert. Die täglich zu- nehmende Befämpfung der Rechten, ebenso die dauernden An- griffe der Stresemann-Presse gegen Bayern habe ich für ein nationales Unglück. Die Deutsche Volkspartei hat sich ferner — trotz bestiger Gegenwehr des rechten Flügels der Reichstagsfraktion — völlig zur „Partei Stresemann“ entwickelt, in der nur die jeweilige Ansicht des Herrn Stresemann den Ausschlag gibt. Ich werfe Herrn Stresemann vor, daß seine Taten nicht mit seinen Worten übereinstimmen. Als Abgeordneter beurteilte er die Erfüllungspolitik aufs schärfste, als Minister befolgt er sie. Als Abgeordneter bekämpfte er Frankreich mit allen Mitteln, als Minister sucht er mit allen Mitteln die Verständigung mit Frankreich. Früher verwarf er sich entschieden gegen jede weitere Entwaffnung; wo bleibt jetzt die klare Zurückweisung der Entente-Entwaffnungsnote?“

Im weiteren Teil seines Schreibens beklagt sich Zersner dar- über, daß Stresemann die Beleidigungen Frankreichs stillschweigend eintrete und es unterlasse, in der Kriegsschuldfrage einen entschei- denden Schritt zu unternehmen.

Nun legen die Dinge so, daß die Linke von einem Hinneigen Stresemanns nach links schon lange nichts mehr gemerkt und daß sie ihre Einstellung danach gerichtet hat. Stresemann hat sich also zwischen zwei Stühle gesetzt, weil er es allen recht machen wollte. Daß das auf die Dauer nicht geht, daß es nicht einmal mehr inner- halb seiner eigene Partei geht, zeigt der Fall Zersner von neuem.

Im übrigen illustriert Zersner in seinem Schreiben sehr gut den Unterschied zwischen einer bequemen Oppositionsstel- lung und der Arbeit an verantwortlicher Stelle. Zersner geht zu der bequemeren Opposition über. Wahrscheinlich würde er dieselbe Enttäuschung erleben, wenn diese Opposition eines Tages die Verantwortung für die Regierung übernehmen müßte.

Für den Wahlkreis Berlin hat die Deutsche Demo- kratische Partei bekanntlich als Spitzenkandidaten den bisher- gen Vertreter Karl-Friedrich v. Siemens wieder aufgestellt. Jetzt sind die folgenden Stellen wie nachstehend angegeben worden: An zweiter Stelle kandidiert Frau Dr. Marie Elisabeth Aders, an dritter Malermeister Köhnke, an vierter Oberregierungsrat Fritz Albrecht.

Die Tagung der Industriebarone.

Dem Bericht über die erste gemeinsame Tagung des Reichs- verbandes der Deutschen Industrie mit der Vereini- gung der Deutschen Arbeitgeberverbände tragen wir zunächst noch die Reden des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers im Auszug nach:

Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm

Der unmittelbar nach dem Reichstanzler das Wort ergriff, führte u. a. aus:

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist einer der stärksten Mauerkränze der deutschen Wirtschaft. Er sucht immer wieder einen Ausgleich innerhalb der Wirtschaft herbeizuführen, Staatsgesinnung in ihren Kreisen zu verbreiten. In dieser Hinsicht Staatsbewußter Wirtschaftsgesinnung sehe ich mit Ihnen eine der wichtigsten Aufgaben unserer Epoche, ich sehe darin den Schlüssel zum Frieden zwischen Staat und Wirtschaft, aber auch den Schlüssel zur Freiheit der Wirtschaft. Wenn wir neue Ein- griffe in die Wirtschaft vermeiden wollen, so ist das Wirken der Wirtschaftsführer in ihrem Kreise notwendig, um die Idee der Gemeinlichkeit von Staat und Wirtschaft zu verbreiten.

Der gegenwärtige Zustand unserer Währung ist kein Ruhelassen.

auf dem man ausbreiten darf, aber auch keine Weide, auf der man sich austoben darf. Die stabile Währung hat das Inlandgeschäft an- geregt. Das ist erfreulich aus innerpolitischen und sozialen Rück- sichten, es ist auch erklärlich nach zehnjähriger Blockade. Man soll es auch im Ausland wissen, daß Millionen deutscher Kinder ohne Hemd zur Schule gingen, daß Millionen Deutscher ihren notwendigsten Hausrat verloren haben, daß kein Volk in solcher Not gelebt hat wie das deutsche Volk, das doch der Welt so viel gegeben hat. (Zustimmung.) Leider lebt aber diese Kauf- lust nur davon, daß die alte gute bürgerliche Sparlust noch nicht wieder erwacht ist. Auch eine sozialere Gestaltung unse- res Wohnweizens wird dazu beitragen, den Sparstimm zu wecken. Der Ausgleich unserer Zahlungsbilanz in der letzten Zeit kann nur durch ausländische Kredite hergestellt worden sein. Solche Kredite verschulden aber unsere Wirtschaft, wenn sie nur für den inneren Verzehr verbraucht werden und nicht pro- duktiv angelegt werden. Diejenigen, die für die Verteilung von Krediten verantwortlich sind, müssen diese ihre Verantwortung er- kennen. Darüber hinaus aber muß das ganze Volk erkennen, daß es sich Luxus nicht mehr erlauben darf. Die Devise heißt: die

Devise zu verwenden zur Wertbeschaffung

und nicht zum Verbrauch! Wir müssen uns grundsätzlich zur Arbeitsgemeinschaft der Völker bekennen, voraus aber auch unsere Forderungen an die anderen arbeiten. Mit möglichst entwickelter deutscher Arbeit müssen wir den Weltmarkt wieder er- obern. Dazu gehört auch eine vernünftige Preisstellung. Das scheint mir zugleich die beste Gehalts- und Lohnpolitik zu sein. Die Wirt- schaft hat ihre Forderungen manchmal nicht allzu leicht gestellt. (Heiterkeit.) Aber daselbe wird der Staat für sich in An- spruch nehmen müssen. Es würde schwer zu verstehen sein, wenn die Fülle, nützlichere Heberlegung, die in allem Technischen und Wirt- schaftlichen für Sie eine Selbstverständlichkeit ist, nicht auch im Poli- tischen von den Führern der Wirtschaft angewendet würde. Gewiß bedarf der Führer der Phantasie, aber in den Wogen der Zeit kann das Schiff nur gesteuert werden, wenn Führer und Mannschaft mit klarem Bild das Fahrwasser überblicken, damit sie das Schiff in den sicheren Rotosen führen können, um es dann neu ausgerüstet wieder hinauszuführen in das Land der Hoffnung, der Größe und der Freiheit.

Danach sprach

Reichsarbeitsminister Brauns:

Die Zentralarbeitsgemeinschaft erscheint in letzter Zeit durch das Ausschneiden großer Verbände gefährdet, so sogar gefährdet. Ich habe das lebhaft bedauert und kann nicht glauben, daß es mit der Zentralarbeitsgemeinschaft wirklich zu Ende gehen soll, denn was würde folgen, wenn die in der Zentralarbeitsgemeinschaft bis- her geleistete einseitige und maßvolle Zusammenarbeit der Arbeit- geber und Arbeitnehmer aufhört? Aufreibende und fruchtlose Kämpfe würden noch zunehmen, Kämpfe, doppelt unerwünscht, doppelt untragbar in einer Zeit, in der wir all unsere Kräfte zum Wiederaufbau zusammenschließen müssen, Kämpfe, die doch niemand dauernde Vorteile bringen. Letzten Endes braucht der Arbeitgeber immer wieder den Arbeitnehmer, der Arbeitnehmer den Arbeitgeber. Wird die Wirtschaft als Ganzes durch Arbeitskämpfe ge- schwächt, so sind schließlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Be- legten. Freilich, über die Form der Arbeitsgemeinschaft läßt sich reden; wenn sich eine bessere findet als die bisherige, warum sie nicht annehmen? Aber der Grundgedanke muß erhalten bleiben:

Gleichberechtigung, anfrüherer Wille zur Zusammenarbeit

und das Bewußtsein hoher Verantwortlichkeit bei beiden Teilen.

Im Geist der Arbeitsgemeinschaft sollen auch die sozial- poli- tischen Fragen ausreife. Die Kürze der Zeit gestattet mir hier nur eine dieser Fragen herauszugreifen: das Lohnproblem und ins- besondere die Gestaltung der Löhne für gelernte und Qualitäts- arbeiter. Die allgemeine Verarmung der Wirtschaft und die daraus sich ergebende Verknapfung der Lohnquote hat die Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter allzu sehr ein- geengt. Nach Mitteln, die mir aus den verschiedenen Teilen des Reiches und aus den verschiedenen Berufszweigen zugegangen sind, macht sich unter den gelernten und Qualitätsarbeitern eine aus- geprägte Neigung zum Auswandern bemerkbar. Das bedeutet eine Gefahr für die Wirtschaft.

für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer. Die auswandernden Quali- tätsarbeiter werden von der ausländischen Konkurrenz eingestrichelt, die sich die deutschen Arbeiter und damit die deutschen Erfahrungen zunutze macht, um unseren Wettbewerb auf dem Weltmarkt, unsere an sich schon beschränkten Ausfuhrmöglichkeiten und damit unseren Arbeitsmarkt einengen. Das muß möglichst verhütet werden und es kann verhütet werden dadurch, daß unsere Lohnpolitik gerade für die besten, leistungsfähigsten Elemente unter der Arbeiterschaft den Anreiz, in Deutschland zu bleiben, erhöht.

Noch vielerlei ließe sich sagen, aber die engen Zusammenhänge zwischen einer richtigen Behandlung der produktiven Volkswirtschaft — denn das ist letzten Endes der Kern aller Sozialpolitik — und einer rationalen Gestaltung der Produktion. Ich be- grüße mich mit diesen wenigen Worten und gebe anschließend der Hoffnung Ausdruck, daß ein solche Sozialpolitik im Rahmen, in den Grenzen und zum Besten der Wirtschaft auch auf Ihrer heutigen Tagung gemündet und gefördert werden wird.

Nach dem Reichsarbeitsminister sprach der Generaldirektor im Stinneskongress Böglner, über dessen Rede wir bereits berichteten.

„Industrie und Sozialpolitik“

machte der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberver- bände v. Borlig folgende Ausführungen:

Gegen die deutsche Arbeitgeberchaft wird der Vorwurf erhoben, daß sie die jetzige wirtschaftliche Notlage in selbstthätiger Weise aus- nutze, um den Arbeitern alle sozialen Verbesserungen zu nehmen, daß sie aus „sozialreaktionärer“ Einstellung heraus jede Sozialpolitik bekämpfe. Soweit solche Behauptungen und An- griffe von gewerkschaftlicher Seite, insbesondere von den freien Ge- werkschaften und ihrer Presse her erfolgen, wird sich die Unter- nehmerschaft damit mit ihr als dogmatischer Einstellung abfinden müssen, wenigstens sie unendlich bedauert, daß eine mehr als fünf- jährige Zusammenarbeit mit den Führern der Gewerkschaften deren Auffassung und Kampfesweise nicht gewandelt hat. (1) Auch daß die Sozialdemo- kra- tische Partei den Reichstag und die Regierung in einer die

schwersten Anfeindungen enthaltenden Interpellation gegen die Ar- beitgeber und deren Spitzenorganisation, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände scharf zu machen sucht, nimmt bei der grundsätzlich feindseligen Einstellung dieser Partei gegen das Unternehmertum nicht wunder. Bedenklicher erscheint es schon, wenn auch Teile einer bürgerlichen Partei die Maßnahmen von Arbeitgeberverbänden in einem offiziellen und verlässlichen Beschlusse mißbilligten oder, wenn eine Anzahl baltischer Hoch- schulprofessoren an die Arbeitgeberchaft eine ernste War- nung vor „sozialpolitischer Reaktion“ richten zu müssen glaubt.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber- verbände erkennt die Notwendigkeit der Sozialpolitik unbedingt an und bekennet sich nach wie vor aus voller Ueberzeugung zu einer gefunden Sozialpolitik, an der positiv mitzuwirken sie bereit ist.

Die Sozialpolitik hat ihrem Namen, entsprechend als ein Teil der Staatspolitik im Rahmen und zur Stärkung des Volksganzen die Förderung wichtiger Glieder der Gesamtheit zum Ziele. Sie beschränkt sich nicht auf die Fürsorge für die Arbeiter- schaft oder einzelner Teile derselben, sondern hat zur Förderung der Wohlfahrt der Gesamtheit sich in der Betreuung der einzelnen Gruppen der jeweiligen tatsächlichen Bedürfnisse anzu- passen. Sie hat die realen wirtschaftlichen Verhältnisse zur Grund- lage und findet hierin, sowie in den finanziellen Mitteln des Volkes zugleich ihre Grenze. Die Sozialpolitik hat ihrer

Grundinstellung nach der Selbstverantwortung

auf der Grundlage eigenen Handelns und eigener Verantwortung der Beteiligten in den Mittelpunkt ihrer Maßnahmen und An- regungen zu stellen. Staatliche Maßnahmen, staatliche Behörden und Institutionen sind nur im Falle des Versagens der Selbstverantwortung und der Freiwilligkeit und nur soweit der Staats- zwang es verlangt, vorzuziehen. Die Vereinigung der Deutschen Ar- beitgeberverbände tritt für die Arbeitsgemeinschaft ein. Auch die Arbeitsgemeinschaft muß aufgebaut sein auf dem Gedanken der Verantwortlichkeit und der freien Entfaltung der Beteiligten.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stellt unter Wahrung ihrer Stellungnahme im einzelnen Falle ihre Mitwirkung bei allen Gelehen zur Verfügung, die sich die Wahrung der Persönlich- keitsrechte, die Hebung und Sicherung der wirtschaftlichen und kultu- rellen Lage und den Schutz vor Betriebsgefahren und vor Aus- beutung der Arbeiterschaft zum Ziele setzen, unter der Voraus- setzung zur Verfügung, daß diese Gelehen keine Ausnahmemaßnahmen darstellen, daß sie nicht auf parteipolitischen Rücksichten beruhen, daß sie juristisch und geschichtlich genügend vorbereitet und durch- geführt sind. Die Arbeitgeber erkennen die Koalitionsfrei- heit der Arbeiter ebenso unumwunden an, wie sie selbst von ihr Gebrauch machen. Diese Koalitionsfreiheit muß aber ein freies Recht einer freien Persönlichkeit sein. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vertritt daher den Ko- alitionszwang, der die freie Selbstbestimmung des Einzelnen aufhebt, in gleichem Maße, wie das Verlangen einzelner Organi- sationen auf Anerkennung eines Monopols ihrer Organisation und des Ausschusses einzelner Organisationen von den Rechten der Koalition.

Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden.

Der Streik ist ein tatsächliches Machtmittel. Der Streik findet seine Grenze am Gemeinwohl. In übrigen dürfen nur gesetz- liche Mittel bei Durchführung des Streiks zugelassen sein. Die Arbeitsmittelen müssen vor Vergewaltigung ihres Willens und ihres Handelns geschützt sein.

Die Verantwortlichkeit der Organisationen erschließt auch deren zivilrechtliche Haftung (1) für daraus ersandene Schäden.

Die Arbeitgeber erkennen die Notwendigkeit der Ausbrei- terung der deutschen Sozialversicherung an. In der bisherigen Dreigliederung der Organisation (Krankensversicherung, Unfallversicherung, Angestellten- und Invalidenversicherung) ist sehr zuhalten. Der für unsere gesamten öffentlichen und privaten Be- triebe geltende Grundgedanke ängstlicher Sparsamkeit, Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes muß auch hier angewandt werden; im übrigen muß die Wirtschaft, die nach dem Wegfall jeder Staats- leistung auf diesem Gebiete die alleinige finanzielle Trägerin der Sozialversicherung ist, erwarten, daß ihren Wünschen nach dieser Richtung Beachtung getragen wird.

Die Arbeitslosigkeit wird am wirksamsten durch

Förderung der Produktion

bekämpft. Auch die Erwerbslosenfürsorge muß sich auf dieses Ziel einstellen; zu diesem Zwecke sind die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge weiter auszubauen. Die Er- werbslosenfürsorge darf nicht dazu dienen, in einseitig bestehenden Wirtschaftskämpfen einzugreifen. Die Arbeitgeber sind bereit, Schwerbeschädigte in ihre Betriebe zu tätigen und produktiver Ar- beit aufzunehmen. Wenn es gelingt, die Einheit der Grundaus- stellung im ganzen deutschen Volke durch verständnisvolle Zusammen- arbeit, durch gegenseitiges Sichverstehen, durch klare und offene Aussprache herzustellen, auf der anderen Seite aber die Durch- führung des für notwendig erkannten mit gegenseitiger Unterstützung und damit in mühevoller Form vorzunehmen, dann können wir die Voraussetzungen schaffen und erhalten, die unserer Wirtschaft das Aufblühen und unserer Sozialpolitik die Grundlage sichern. (Beifall.)

Andere Auffassung ist unsozialistisch — sagt Cammers.

Als letzter Redner sprach dann Rechtsanwalt Cammers über Wirt- schaft und Kultur. Er führte unter anderem aus:

Es ist eine ungeheure Fülle äußerer und innerer Geschehens, die uns auch hier in der Wirtschaft bewegt, äußeren Geschehens in- sofern, als wir von den Schicksalen des Staates und seiner Politik abhängen, inneren Geschehens, insofern wir in jeder Beziehung be- dingt sind durch die Flut der geistigen Strömungen, welche unser Volkleben gerade jetzt durchziehen. Es wurde heute darüber gesagt, daß wir, die Wirtschaftler, so häufig in der Defektivität als die Vertreter des reinen Materieles, des reinen Materialismus anzusehen seien. Die deutsche Wirtschaft ist nicht ge- mäßt, sich wegen politischer Gegensätze aus dem Tiefsten heraus- drängen zu lassen, was ein Volk überhaupt besitzt, und das ist seine geistige Kultur. Die frühere Wirtschaftslehre konnte auf Grund geordneter Verhältnisse individualistisch sein, sie konnte das Individuum als den Ausgangspunkt für alle wirtschaftlichen Bewe- gungen ansehen. Für uns, als ein praktischer Wirtschaftler, gibt es nur eine Auffassung, nämlich die universalistische. Unter Kultur als Gesamtercheinung eines großen Volkes kann ich nur an- sehen jene Summe geistiger Errungenschaften, welche den zurück- gelegten Weg eines Volkes in der Richtung auf die höchsten Ziele, auf die Menschheit darstellt. Der kulturellen Aufgaben in weiterem Sinne hat sich die deutsche Wirtschaft nicht entzogen. Herr v. Borlig hat eingehend unsere Sorge auf dem Gebiete der Sozialpolitik dargestellt. Die Grundfrage aller seiner Darlegungen war der Wunsch nach der Rückkehr des Arbeitsfriedens, nach dem innigen Zusammengehen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Kampf gegen den Sozialismus war nicht nur ein Kampf um mate- rielle Dinge, sondern um unsere und damit des Volkes höchste geistige Güter. (1) Die Kartellpolitik, wie wir sie an verantwortlicher Stelle betreiben haben, war nicht zum letzten darauf gerichtet, einen indi- vidualen Mittelstand gerade heutzutage zu erhalten. (2) — Wir erkennen den Staat als den Hüter der Volkswohlfahrt und damit unsere Kultur unbedingt an. Alle Fragen sind zu neuzubehalten wirt- schaftlicher Natur. Die Wirtschaft ist daher mit dem Staat aufs engste in Schicksalsgemeinschaft verpflichtet. Staat und Wirtschaft sind aber bedingt durch die nationalen Eigenheiten eines Volkes. Deutsch- lands gegenwärtige Lage — darin sind wir uns alle einig — bedingt die Zusammenfassung aller Kräfte, aller unterschied- lichen Geistesströmungen, aller wirtschaftlichen Strömungen, auf das eine große Ziel der Einheit. Dieser Ruf, der von allen Seiten er-

